

## Neues aus der MEGA-Werkstatt

*Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Vierte Abteilung. Band 12: Exzerpte und Notizen September 1853 bis Januar 1855. Bearbeitet von Manfred Neuhaus und Claudia Reichel. Unter Mitwirkung von Karl-Frieder Grube, Gisela Neuhaus, Klaus-Dieter Neumann, Hanno Strauß und Christine Weckwerth, Akademie Verlag, Berlin 2007, XVII, 1745 S., 188 Euro*

1990 war bekanntlich die Internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES) auf Initiative des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis ((IISG) Amsterdam, in dessen Archiv sich der größte Teil der Handschriften von Marx und Engels befindet, gegründet worden. Die Konstituierung der politisch unabhängigen IMES – ein internationales Netzwerk – war mit dem Ziel erfolgt, die in den 1970er Jahren in Moskau und Berlin in Angriff genommene MEGA weiterzuführen. Zur IMES gehören gegenwärtig neben dem IISG und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften – die an ihr angesiedelte Arbeitsgruppe MEGA unter der Leitung von Manfred Neuhaus koordiniert die Editionsarbeiten der Wissenschaftler aus Deutschland, Russland, den Niederlanden, Japan, Italien, Frankreich, Dänemark und den USA – das Historische Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und das Russländische Staatliche Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI).

Im Unterschied zu den ersten drei

Abteilungen der MEGA enthält die Vierte Abteilung „Exzerpte, Notizen und Marginalien“ – von einigen Ausnahmefällen abgesehen – nur Unveröffentlichtes aus der schriftlichen Hinterlassenschaft von Karl Marx (in erster Linie) und Friedrich Engels und gestattet dadurch eine neue und differenziertere Sicht auf das Werk und die Persönlichkeit beider. Das trifft auch voll auf den obigen MEGA-Band IV/12 zu, der durch ein hohes Niveau der historisch-kritischen Darbietung und Kommentierung besticht und für die Marx- und Engels-Kenner und -Interessenten in aller Welt eine Fundgrube sein wird. Es ist schon bemerkenswert, dass die Bearbeiter auf über 1.000 Seiten des Textbandes bisher unveröffentlichte Marx/Engels-Texte vorlegen, die auf weit über 700 Seiten des Apparatebandes wissenschaftshistorisch kommentiert werden.

Der erste Teil dieses Bandes enthält neun bisher unveröffentlichte Exzerptheft von Karl Marx. Sie dokumentieren dessen Lektüre am Vorabend und während des Krimkriegs (1853 bis 1856). Für Marx' Lektüre war dabei kennzeichnend, dass er das jeweilige Werk zunächst durchsah und sich einen Überblick verschaffte, bevor er es inhaltlich und systematisch erschloss. Beim Exzerpieren war seine Konzentration vorrangig auf das Faktenmaterial des jeweiligen Werkes gerichtet. Darlegungen, in denen die sachliche Information hinter den wertenden Reflexionen der Verfasser zurücktritt, schrieb er sich in dem Maße auf, wie sie für eine kritische Auseinandersetzung mit den Auffassungen des betreffenden

Autoren von Interesse sein konnten. Der Geschichte der Diplomatie sind vier Hefte gewidmet. Fünf weitere enthalten Marx' Auszüge zur spanischen Geschichte und Kultur (das erste Heft enthält auch Auszüge zur Geschichte Frankreichs und Griechenlands), wobei die Exzerpte aus Augustin Thierry's berühmten „Essais sur l'histoire de la formation et des progrès du Tiers état“ hervorzuheben sind. Marx und Engels waren aber nicht nur an den Werken solcher wichtigen Gelehrten interessiert, sondern auch an Veröffentlichungen heute weitestgehend unbekannter Autoren. Insgesamt widerspiegeln auch die im Band IV/12 reflektierten Werke und Autoren mit ihrem biografischen Hintergrund quasi ein ganzes Jahrhundert Ideen- und Wissenschaftsgeschichte.

Im zweiten Teil des Text-Bandes werden verschiedene Exzerpte und Notizen von Friedrich Engels erstmalig abgedruckt. Sie sind bibliografischer Art und befassen sich mit militärgeschichtlichen Themen. Zu nennen wären hier die Revolution 1848/49, der Ungarische Revolutionskrieg, die russische Militärorganisation und Heeresstärke während des Krimkrieges, die Schlacht bei Balaklava sowie die Belagerung der Festungen Silistria – hier nutzte Engels Aufzeichnungen des Hauptmanns in türkischen Diensten und späteren preußischen Generalstabschefs Hellmuth von Moltke – und Sevastopol.

Das Spezifische dieses Bandes liegt darin, dass die hier vorgelegten Exzerpte und Notizen als Vorarbeiten und Materialsammlungen für die in den MEGA-Bänden I/12 und I/13 dokumentierte journalistische Tätig-

keit von Marx und Engels in den Jahren 1853 und 1854 entstanden. Das waren jene Jahre, in denen Marx und auch Engels die meisten ihrer Leitartikel für die „New-York Tribune“ – damals eine der größten und einflussreichsten Zeitungen weltweit – geschrieben haben. Die offerierten Exzerpte und Notizen belegen darüber hinaus eindrucksvoll, wie breit das Spektrum der wissenschaftlichen Interessen von Marx und Engels – das über den journalistischen Alltag weit hinausreichte – war und wie untrennbar beide Forschung und Publizistik in dieser Zeit verbunden haben.

Von den in diesem Zusammenhang verfassten Zeitungsartikeln sei hier der Essay von Karl Marx „Lord Palmerston“ hervorgehoben, weil er bis heute einer der klassischen Texte des Journalismus geblieben ist. Die im Band vorgelegten Exzerpte bezeugen, dass Marx vor allem durch das gründliche Befassen mit dem britischen Außenminister und Premier Lord Palmerston und der mit ihm eng verbundenen Orientalischen Frage – bei ihr ging es vorrangig um die Gestaltung der diplomatischen Beziehungen der europäischen Großmächte zum Osmanischen Reich – dazu kam, sich der Außenpolitik und Diplomatiegeschichte stärker zuzuwenden. Im Rahmen des Studiums der Diplomatiegeschichte ging Marx ebenfalls religions- und kirchengeschichtlichen Problemen nach. Seine Notizen in diesem Kontext weisen aus, dass er die Religion als eine geschichtlich-kulturelle Realität anerkannte und somit die Religionsfrage in praktischer Hinsicht für ihn nicht erledigt war. Wie bekannt, hatte der junge Marx bereits in seiner Einlei-

tung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie die Kritik der Religion im Wesentlichen für abgeschlossen gehalten.

In seinen Studien zur neueren und neuesten Geschichte Spaniens beschäftigte sich Marx eingehend mit den spezifischen Aspekten der dortigen bürgerlichen Revolutionen, was dann vor allem in seinem Essay „Revolutionary Spain“ seinen Niederschlag fand. Allein für diesen Essay und sein Portrait des spanischen Revolutionshelden Espartero – im ganzen 75 veröffentlichte Druckseiten – exzerpierte Karl Marx mehr als 550 Druckseiten aus offiziellen Dokumenten sowie aus Werken und Schriften von insgesamt 36 Autoren aus Spanien, Frankreich, Großbritannien, den USA und Deutschland. Ein weiterer Schwerpunkt war die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft in diesem Land. So zeigen zum Beispiel mehrere Exzerpte im hier besprochenen Band, dass Marx der Entstehung und Wirkungsgeschichte der im März 1812 in Cadix verabschiedeten Verfassung – ihr lag als erster Verfassung die Idee der Volkssouveränität zugrunde, weshalb Marx in ihr das „Urmeter“ des europäischen Liberalismus erblickte – starke Beachtung geschenkt und in diesem Kontext verfassungsgeschichtliche Studien betrieben hat. Überdies wandte er sich der Problematik des Guerillakrieges in Spanien zu (wichtige Erkenntnisse zur Guerilla-Problematik gewann er aus der Exzerpierung von Aufzeichnungen des preußischen Generals Heinrich von Brandt) und entwickelte dabei ein Gespür für militärische Herangehensweisen, die die moderne Militär-

theorie als asymmetrische Kriegsführung charakterisiert. Mithin ist ohne Übertreibung zu sagen, dass der Band IV/12 auch einen wichtigen Beitrag zur Verfassungs- und Militärgeschichte darstellt. Man darf sehr gespannt sein, was die weiteren MEGA-Bände an neuen und wichtigen Marx/Engels-Texten bereithalten.

Rainer Holze

## Akademischer Sozialismus

*Matthias Steinbach, Ökonomen, Philanthropen, Humanitäre. Professorensozialismus in der akademischen Provinz, Metropol Verlag, Berlin 2008, 397 S., 24,00 Euro*

Die Veröffentlichung der an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommenen Habilitationsschrift ist ein Beitrag sowohl zur Geschichte dieser Alma mater als auch zur nationalen und internationalen Sozial- und Geistesgeschichte von Bildungs- und Erziehungskonzepten und Versuchen wie Resultaten ihrer Verwirklichung. Der seit 2007 an der Technischen Universität Braunschweig Geschichte und Geschichtsdidaktik lehrende Historiker hat aus einem reichen Quellenfundus vielfach vernachlässigte und doch höchst bemerkenswerte Ideen und Initiativen von Professoren erschlossen und dargestellt, die die Bildungsfragen ihrer Zeit vor allem auch als soziale Herausforderungen erfahren und angenommen haben. „Professorensozialismus“ ist dem geläufigeren „Kathedersozialismus“ verwandt, allerdings als eine zeitlich und inhaltlich noch diffusere Charakteristik ideeller, sozialer und politischer Bestrebungen in sehr verschiedenen Epochen

und Situationen. Aus historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Thüringens erwachsen akademische Entwürfe sowie bürger-schaftliche, sozial- und bildungspoliti-sche Initiativen, die Allgemeingütiges und Nachhaltiges hervorbrachten. „Die traditionelle Aufgeschlossenheit der thüringischen Kleinstaaten für das Schulwesen begünstigte hier ein um 1800 insgesamt bereits gut ausgebautes Volks- und Gelehrtenschulwesen, das zeitweise, besonders im Volksschulbe-reich, Maßstäbe für das ganze Reich setzte.“ (32) Der Gothaer Schulmetho-dus von 1642 gelte als Gründungsdo-kument der deutschen Volksschule. Frühzeitig gingen von hier Impulse für die Armenschulen aus.

Der zeitliche Rahmen ist weit ge-fasst. Die frühe überregionale Bedeu-tung der Jenaer Hohen Schule skiz-ziert Steinbach am Beispiel des Wir-kens des Universalgelehrten Erhard Weigel (1625-1699), des Armenpä-dagogen Johann Franz Buddeus (1667-1729) und des Philanthropen Joachim Georg Darjes (1715-1791). Pädagogische Reformideen und sozi-alpolitisches Engagement, Volksbil-dung und Armenfürsorge, stehen im Mittelpunkt der Darstellung, bei-spielsweise „mit der neuen Idee einer Industrie- und Arbeitsschulpädago-gik“ in der von Darjes 1762 gegründeten Rosenschule. Wenig später entstand die Idee des Seminars als Institution der Pädagogik und akademischen Lehrerbildung, die in Jena die spätere Volksbildungsarbeit und die Öffnung für breitere Volks-schichten vorbereiteten.

Das folgende Kapitel behandelt Ent-wicklungen um und nach 1800 als „Bildungsprogramme und Erzie-

hungspotentiale akademischer Päd-a-gogik zwischen klassischer Philolo-gie und naturwissenschaftlichem Re-alismus“. Die Rezeption Kants und der unmittelbare Einfluss der in Jena und Weimar wirkenden Fichte, Her-der, Schelling und Hegel verliehen den lokalen Diskursen überregionale Bedeutung. Das gilt auch für die Wartburgpädagogik der an der Seite der aufkommenden frühburschen-schaftlichen Bewegung stehenden „politischen Professoren“, darunter der Philosoph Jakob Friedrich Fries (1773-1843), der Mediziner Dietrich Georg Kieser (1779-1862), der His-toriker Heinrich Luden (1780-1847) und der Naturforscher Lorenz Oken (1779-1851). Letzterer habe „sein umfassendes Schul- und Volksbil-dungskonzept als ein alle Stände umgreifendes Nationalerziehungs-programm“ konzipiert.

Anschließend werden die Bedingun-gen und Kontroversen im Vormärz vertiefend erörtert. Bemerkenswert erscheint wiederum Kieser, dessen Reformbemühungen – auch als Uni-versitätsvertreter im Sachsen-Weimarischen Landtag und später als Präsident der Leopoldina in Halle – von der Gestaltung des Medizinstudi-ums bis zum Psychiatriewesen und zum Strafvollzug reichten. Ähnliches gilt für Ferdinand Hand (1786-1851), der als klassischer Philologe und Prinzessinnenerzieher am Hof in Weimar über die Lehrerbildung zu einem außergewöhnlichen Engage-ment in der Armenfürsorge und Volkspädagogik gelangte. Er gründe-te 1819 eine „bürgerliche Bildungs- und Versorgungsanstalt für arme Ju-gendliche“, 1824 einen „Verein zur Unterstützung armer Studierender“

und half bedürftigen Privatdozenten. Sich auf Ideen Fichtes zur Nationalerziehung berufend, verstand er unter Bürgerwohl „nicht bloß das Wohl der wenigen Reichen und Höheren, sondern des Volkes“ und wandte sich gegen „Geschwätz über Deutschtum und Deutschheit“ als „dünnkelhafte Lobpreisungen“ des eigenen Volkes (140). Als weiterer Pionier neuer Wege in der akademischen und Volksbildung wird der Begründer der Landwirtschaftswissenschaften in Jena, Friedrich Gottlob Schulze (1795-1860) ebenso informativ vorgestellt wie Kieser und Hand (163-195).

Im Mittelpunkt der beiden Kapitel zur zweiten Hälfte des 19. und zum Beginn des 20. Jahrhunderts stehen der „pädagogische Unternehmer“ Karl Volkmar Stoy (1815-1885) und sein Nachfolger Wilhelm Rein (1847-1929) sowie ihre durch verschärfte gesellschaftliche Herausforderungen beeinflussten Vorstellungen und praktischen Schritte zur Fortentwicklung der Volksbildung. Detailliert werden Stoy's Konzepte zu Schulordnung und Lehrplan, zum Verhältnis von Schule und Vereinsleben – beispielsweise beim Turnsport – sowie zur religiösen Erziehung und Seelsorge beschrieben. „Wenn auch von älteren Formen der Armenfürsorge endgültig Abschied nehmend, so tradierte Rein doch ein pädagogisches Programm, das die Lösung der Sozialen Frage weiterhin im Sinne eines in erster Linie auf Erziehung und Bildung aufbauenden Klassenausgleichs – von Besitzausgleich oder gar Abschaffung von Privateigentum war abgesehen von einer stärker geforderten staatlichen Regulierungsfunktion auch jetzt

nicht die Rede – voranzutreiben suchte.“ (251) Zugleich gingen davon Anstöße für das Volkshochschulwesen und die Erwachsenenbildung aus. Rein verkörperte „eine (sozial)pädagogische Spielart des Kathedersozialismus im Fahrwasser Gustav Schmollers“. Er näherte sich den nationalsozialen Ideen Friedrich Naumanns einschließlich der Aufnahme nationalistischen Ideenguts.

Matthias Steinbach geht mit seinem Stoff gedanklich und sprachlich souverän um. Er bezieht sich auf einschlägige Positionen von Marx und Engels wie von Bebel und W. Liebknecht. Nach dem Scheitern eines weltweiten, radikal antikapitalistischen Projekts erscheinen solche Beiträge folgerichtig: Die im Schatten der großen ideologischen und gesellschaftspolitischen Konfrontationen entstandenen Bestrebungen sind von konservativer wie kommunistischer Seite häufig geringgeschätzt sowie verdrängt worden. Sie verdienen neue Aufmerksamkeit, auch für zukünftige alternative Gesellschafts- und Bildungskonzepte, die aus einem weiten humanistischen Erbe schöpfen sollten. Zur Rezeption trägt bei, dass wesentliche und ungelöste Problemlagen sich unter veränderten Voraussetzungen wiederholen oder gar verschärfen, darunter die Zusammenhänge zwischen prekärem Sozialstatus und Bildungs- wie Aufstiegschancen. Die Würdigung humanitärer Motive von Hochschullehrern und Politikern, ihres Gerechtigkeits sinns und im besten Sinne liberalen staatsbürgerlichen Engagements verbindet sich für die Leser mit einer Neugier, die aus ungelösten Fragen und Widersprüchen unserer

Zeit und der absehbaren Zukunft gespeist wird.

Ludwig Elm

## Die Liebknechts

*Annelies Laschitza, Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Aufbau Verlag, Berlin 2007, 512 S., 24,95 Euro*

Obwohl der bereits in den 1950er Jahren eingeweihte „Grundstein eines Denkmals für Karl Liebknecht“ am Potsdamer Platz in Berlin bis heute nur ein leerer Sockel blieb, ist Karl Liebknecht dennoch ein Schicksal als Säulenheiliger nicht erspart geblieben. Seine tragische Rolle im sogenannten Spartakusaufstand des Jahres 1919 und seine Ermordung durch reaktionäre Freikorps-Soldaten sind Allgemeingut, andere biografische Details sind auch und gerade in linken Kreisen kaum bekannt. Lieb-knecht als Ikone und Märtyrer scheint den meisten lieber als der historische, in den Widersprüchen seiner Zeit handelnde Karl Liebknecht.

Dementsprechend wichtig ist die Tatsache, dass mit Annelies Laschitzas Werk „Die Liebknechts“ nun erstmals eine Liebknecht-Biografie vorliegt, die nicht nur eine bisher unbekannte Fülle an Material zum Leben Karl Liebknechts bietet, sondern sich auch den bisherigen marxistisch-leninistischen oder sozialdemokratischen Schubladen entzieht. Mit viel Akribie und unter Verwendung von zahlreichen unbekanntem und unveröffentlichten Quellen nähert sich die Autorin dem Schicksal Lieb-knechts und beleuchtet auch unbekanntes Seiten dieser Persönlichkeit.

Eine dieser unbekannteten Facetten ist das Familienleben Liebknechts, dem sich die Autorin ausführlich widmet. Zwar können die durch den Titel geweckten Erwartungen nicht ganz befriedigt werden – es handelt sich nicht um eine Familien- oder Doppelbiografie. Trotz der bedeutenden Rolle seiner zweiten Frau Sophie Liebknecht steht doch der Politiker Karl Liebknecht im Vordergrund. Dennoch erfahren wir bisher kaum bekannte Details über das Familiendrama hinter der Fassade des erfolgreichen Anwalts und Abgeordneten Liebknecht: seine jahrelange Affäre mit der russischen Kunststudentin Sophie Rhyss, die Zerrüttung der ersten Ehe mit Julia Liebknecht, die zunehmende Entfremdung der Eheleute und die Zerrissenheit Liebknechts zwischen Affäre und Familie. Erst der Tod von Julia und die spätere Heirat mit Sophie brachte das Familienbild wieder notdürftig in Einklang mit den gängigen Moralvorstellungen. Warum jedoch Lieb-knecht dieser bürgerlichen Moral so wenig entgegenzusetzen hatte, warum die klassischen Geschlechterrollen auch und gerade im fortschrittlichen Milieu der sozialistischen Bewegung ungebrochen fortwirkten – diese Fragen stellt Annelies Laschitza leider nicht. Sie vergibt sich damit die Möglichkeit, Karl Liebknecht auch als unperfekte, teils an eigenen Ansprüchen scheiternde Persönlichkeit darzustellen. Aber auch die allgemeine Frage des „Richtigen Lebens im Falschen“, an der mehr als ein Revolutionär gescheitert ist, wird so nicht reflektiert.

Im Politischen hingegen erscheint Lieb-knechts Leben und Wirken gradli-

niger: Nur selten rückte er von seinen politischen Prinzipien ab, wie etwa in seiner ursprünglichen Zustimmung der Kriegskredite im August 1914. Aber hier wie in anderen Fällen gelang es ihm, seine Fehler zu korrigieren und auch gegen immense Widerstände die von ihm als richtig erkannten politischen Prinzipien zu verteidigen. Dass diese Haltung dennoch nicht ganz frei war von Selbstüberschätzung und Dogmatismus ist ablesbar etwa an den Differenzen mit dem Netzwerk der „Revolutionären Obleute“. Diese Gruppe von Metallarbeitern rund um den Dreher Richard Müller waren die treibenden Kräfte der Massenstreiks gegen den Ersten Weltkrieg und die eigentlichen Organisatoren der Novemberrevolution in Berlin. Liebknecht, frisch aus dem Gefängnis freigekommen, trachtete sofort, die Taktik der Obleute seinen Vorstellungen anzupassen – und scheiterte. Diesen Konflikt und weitere zwischen Liebknecht und der Basis hätte die Autorin mehr ausdeuten können, auch und gerade um die Illusion einfacher „Lösungen“ oder Patentrezepte in politischen Konflikten ein wenig in Zweifel zu ziehen.

Insgesamt sind jedoch gerade die Abschnitte über das politische Wirken Liebknechts gelungen und inspirierend – wenn auch leider oft der größere Zusammenhang mit der Entwicklung der Sozialdemokratie aus dem Blick gerät. Hier wäre es notwendig gewesen, einige Absätze mehr einzufügen zur Integration der SPD in die Gesellschaft des Kaiserreiches, zu den verborgenen Anpassungsmechanismen, den Erstarrungen und Blockaden, welche der Katastrophe von 1914 vorangingen.

Dies ist leider eine verschenkte Gelegenheit, insbesondere angesichts der immer wieder gemachten Erfahrung von Selbstaufgabe und Integration linker politischer Parteien. Historische Erfahrungen wie diese sind jedoch auch und gerade in der aktuellen Debatte zum Verhältnis von außerparlamentarischen Bewegungen und Parteien von Wichtigkeit. Interessierte Leser und Leserinnen finden in dem von Laschitzka vorgelegten Werk einiges an Anregungen, um sich ihre eigenen Gedanken zu diesem Thema zu machen.

Ralf Hoffrogge

### **Neue Sichten auf die Oktoberrevolution**

„Die Wache ist müde“, *Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen*, hrsg. v. W. Hedeler/K. Kinner, Dietz, Berlin 2008, 415 S., 24,90 Euro (*Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus Bd. VI*)

Seit den Umbrüchen der Jahre 1989-1991 hält unter den pro-sozialistischen Historikern und Politikern das Bemühen an, historische Bilanz zu ziehen und Klarheit hinsichtlich der Gründe für das Scheitern der sozialistischen Ordnungen in Europa zu finden. Zu unterschiedlich sind ihre Erfahrungen und Standpunkte, um kurzfristig zu einvernehmlichen Schlüssen zu gelangen. Immer häufiger werden nunmehr die revolutionären Ereignisse 1917 in Russland, vor allem der Charakter der Oktoberrevolution und deren unmittelbare Wirkungen, zum zentralen Gegenstand der Untersuchungen gemacht und der Frage nachgegangen, ob bzw.

in welchem Maße bereits damals wesentliche Ursachen für die Deformationen und das schließliche Scheitern dieser Ordnungen entstanden sind.

Dieses Anliegen bestimmt die Herangehensweise dieses Sammelbandes mit Beiträgen von 18 deutschen und zwei russischen Historikern. Er ist das Ergebnis einer von PDS-nahen Stiftungen organisierten Konferenz zum Thema „Welches Erbe beerben wir?“, die im Juni 2007 in Berlin stattfand und in weiteren Veranstaltungen eine Fortsetzung fand. Die Beiträge sind zwei Themenkomplexen untergeordnet: Russische Revolution und Sozialismusversuch im ‚Zeitalter der Extreme‘, und Wirkungen der Russischen Revolution und die wiederentdeckte Perspektive des Sozialismus. Im Unterschied zur früheren kommunistischen Darstellung der Geschichte werden Februarrevolution und Oktoberrevolution in ihrer engen Verknüpfung gesehen.

Indem die Autoren sich damit beschäftigen, weshalb die von der Oktoberrevolution ausgelöste – sozialistisch orientierte – Entwicklung nicht zur umfassenden und zukunftssträchtigen Erfüllung des proklamierten emanzipatorischen Anspruchs führte und letztlich gerade deshalb ein Fiasco erlitt, dominiert bei ihnen, ungeachtet unterschiedlicher Positionen und Einschätzungen, eine kritische Sicht. Nicht zufällig werden hierbei Lenins Persönlichkeit und Rolle in den Mittelpunkt der kritischen Betrachtungen gestellt.

Die beiden ersten Beiträge von Fritz Klein und Helmut Bock bieten eine Analyse der Situation, die zur russischen Revolution geführt hatte. Klein

vergleicht die von Lenin in Russland und Wilson in den USA am Ende des verheerenden Ersten Weltkrieges angestrebten Wege. Er konstatiert zu Recht, dass Lenins revolutionäre Erwartungen, wenngleich „phantastisch und fern der Realität“, „in der Tradition eines Jahrzehnte alten, weltweiten Kampfes sozialistischer Parteien“ standen und durch die gesellschaftlichen Verhältnisse begründet waren. Und er verweist auf die drei welthistorischen Tatbestände des 20. Jahrhunderts – dass der aus der „Weichenstellung“ von 1917 hervorgegangene Realsozialismus „für die Zeit vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch ... prägende Bedeutung“ besaß, aber dass das, „was Lenin vor neunzig Jahren begann, ... gescheitert“ ist, und dass jedoch – indem er ein Zitat aus der „New York Times“ heranzieht – die Probleme geblieben seien, die zu lösen der Sozialismus angetreten war (25-27).

Bock sieht in der bolschewistischen Parteinahme mit deren „ideologischer Selbstüberhebung und Befangenheit“ bereits in der Zwischenzeit vom Februar bis Oktober 1917 die Ursachen einer Fehlentwicklung, die in Lenins Aprilthesen ihren Ausdruck gefunden hätte. Immerhin räumt er ein, dass „die sogenannte Oktoberrevolution angesichts des möglichen Scheiterns der ganzen russischen Revolution auch heute noch als unumgänglich erscheint“. (39ff.) Damit wird die Frage nach möglichen Alternativen zur bolschewistischen Machtergreifung aufgeworfen, ohne dass sie beantwortet wird. Erinnert sei an eine Feststellung Antonio Gramscis vom 24. November 1917, dass ohne die



Oktoberrevolution die russische Gesellschaft einem noch schrecklicheren Zusammenbruch verfallen und den Gelüsten der (imperialistischen) Raubtiere ausgeliefert worden wäre.

Bei Abwägung aller misslichen Begleitscheinungen und Folgen dürfte es auch aus heutiger Retrospektive unbestritten sein, dass den Bolschewiki Entscheidungen aufgezwungen wurden, die ihren ursprünglichen Intentionen nicht entsprachen. Auf dieses Problem geht Wolfgang Ruge ein. Der Auffassung, dass mit der Auflösung der Konstituierenden Versammlung („Die Wache ist müde“, wie es auch der Buchtitel suggeriert) „die letzte Chance zu einer demokratischen Weichenstellung verspielt worden sei“, setzt er entgegen, dass die Abgeordneten wie zuvor die Provisorische Regierung nicht risikobereit gewesen seien und keine realistische Perspektiven vertreten hätten. Die Versammlung sei „in ihrer Gesamtheit zu geschichtsträchtigem Handeln offenbar außerstande“ gewesen (73).

Die Kämpfe der in der Minderheit sich befindlichen Bolschewiki mit den antisowjetischen Kräften um die Erringung und Behauptung ihres Machtmonopols ließen, so Ruge, „die ‚Sache‘, um deretwillen sie nach der Macht gegriffen hatten, immer mehr in den Hintergrund treten. Der Machtkampf wurde zum Hauptinhalt der Politik...“ (57). Da dies bis zum Zusammenbruch der UdSSR eine internationale Dimension besaß, dominierte, wie hinzuzufügen sei, in der Sowjetunion und ihren verbündeten Ländern stets eine Bedrohungssituation und Belagerungsmentalität. Auch Stefan Bollinger betont, dass es zum Umsturz „realistisch keine

gemäßigte Alternative“ gegeben hätte (268).

Uli Schöler rechtfertigt hingegen den „reformerischen Weg“ der Sozialdemokratie als Alternative, der, wenn gleich er nirgendwo das Endziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft realisiert habe, sich „gegenüber dem Weg des revolutionären Bruchs, der versuchten gewaltsamen Abkürzung gesellschaftlicher Entwicklung als perspektivisch produktiver erwiesen“ hätte (185). Hierbei bleiben zwei historische Aspekte unberücksichtigt: die konkrete historische Situation am Ende des Ersten Weltkriegs, in der die reformistische Sozialdemokratie selbst bei der Vollenendung der bürgerlichen Revolution in Deutschland völlig versagte, und die heutige Abkehr der Sozialdemokratie von sozialistischen Zielsetzungen und ihre Hinwendung zu pragmatischer neoliberaler Politik.

Mit dem Dilemma, in das die Sowjetmacht infolge des Ausbleibens der Revolution im Westen, namentlich in Deutschland geriet, beschäftigen sich besonders die Beiträge von Karl-Heinz Gräfe, Alexander Vatlin und Klaus Kinner. Verdeutlicht wird der gravierende Unterschied der Bedingungen in Russland und in den westlichen Ländern als einer der Gründe für das Scheitern im Westen. Den Positionen und Reflexionen von Persönlichkeiten und politisch-ideologischen Strömungen in Bezug auf die russische Revolution widmen sich Beiträge von Jörn Schüttrumpf (Paul Levi), Wladislaw Hedeler (Nikolai Bucharin und Leo Trotzki, Georgi Plechanow), Rüdiger Dannemann (Georg Lukács), Uli Schöler (Karl Kautsky, Otto Bauer usw.), Albert Nenarokow (russische

Sozialdemokratie), Mario Keßler (westliche Intellektuelle in den 1930er Jahren), Reiner Tosstorff (Syndikalist), Klaus Kinner (deutscher Kommunismus und Linkssozialismus). Wichtig ist der Hinweis Kinner, Kommunismus nicht auf Stalinismus (und Realsozialismus) reduzieren zu können, was nicht nur antikommunistisches Kalkül sei, sondern auch dem emanzipatorischen Anspruch der kommunistischen Traditionslinie der heutigen Linken nicht gerecht werde (243).

Aus verschiedenen Beiträgen wird deutlich, dass die richtige Einschätzung von Oktoberrevolution und realsozialistischen Ordnungen sowjetischen Typs eine Grundvoraussetzung für eine historisch begründete Neuorientierung auf eine sozialistische Perspektive in der Gegenwart ist. Vorerst besitze die politische Linke „keine strömungsübergreifende, einigermaßen konsensuell akzeptierte Interpretation dieses Sozialismusversuchs, seiner zentralen Charakteristika und Fehlkonstruktionen sowie der Gründe, aus denen er letztlich implodierte“, so Christoph Lieber (306).

Klaus Lederer bezieht ähnliche Überlegungen auf PDS und Linke und nennt im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft zwei Herausforderungen, die sich nach 1989 stellten – „die erforderliche Neuorientierung in den über sie hereinbrechenden sozialen Kämpfen und die bewußte Verarbeitung der erlittenen Niederlage“, was sich beides bedinge. Mit der Formierung der Partei Die Linke in Deutschland hätte sich eine neue Perspektive eröffnet, wobei noch offen sei, was diese Partei aus ihrer Chance mache (376f.).

Die vorwiegend kritische Sicht auf die Oktoberrevolution und ihre Folgewirkungen seitens der – wie man konstatieren kann – prosozialistischen Autoren erklärt sich wohl auch aus der Tatsache, dass es sich um eine verständliche Reaktion auf die vorherige apologetische Auslegung der Geschichte in der kommunistischen Bewegung handelt, verbunden mit einer Neubewertung aufgrund zuvor nicht bekannter oder geheim gehaltener Quellen.

Dennoch bleiben drei wesentliche historische Aspekte unterbelichtet. Zum einen: Die von der UdSSR seit 1917 und ihren sozialistischen Verbündeten in der Zeit nach 1945 verkörperte machtvoll und sozialpolitisch-kulturelle Herausforderung an die kapitalistische Welt, der dadurch Grenzen gesetzt wurden und die zur Reaktion auf diese Herausforderungen gezwungen wurde, was tatsächlich, wie Klein schreibt, bis zum Schluss „prägende Bedeutung“ besaß. Zum anderen: War das Scheitern der realsozialistischen Ordnungen in Europa und der Zusammenbruch der UdSSR wirklich von der Oktoberrevolution und ihren unmittelbaren Folgen vorprogrammiert? War nicht auch im Sozialismus in gewissem Sinne die Perspektive für Korrekturen von Fehlern, Deformationen usw. offen und sind nicht in der späteren Entwicklung neue Ursachen des Scheiterns entstanden? Und zum dritten: Die heutige sozialistische und kommunistische Bewegung bleibt diesem ihrem Erbe auch in positiver Hinsicht verpflichtet; diese Vergangenheit, so kritikwürdig sie auch immer bewertet werden muss, verleiht ihr nach wie vor ein histo-

risch begründetes Selbstverständnis und eine über den real existierenden Kapitalismus hinausweisende programmatische Orientierung.

*Harald Neubert*

## **Der Maoismus und die Linke**

*Henning Böke, Maoismus. China und die Linke. Bilanz und Perspektiven, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2007, 215 S., 10,00 Euro*

Vierzig Jahre 1968 – da wird sich viel erinnert, geschrieben und diskutiert. Neben Kämpfen um die Deutungshoheit gibt es auch Anflüge von „in Erinnerungen schwelgen“. Eines aber bleibt bemerkenswert: MaoInnen scheint es keine mehr zu geben, und wissen tut man um eine solche Vergangenheit meist nur von solchen – siehe entsprechende Figuren der Grünen – die sich ganz offiziell von ihren „Jugendsünden“ distanzieren. Im Gegenteil kann man geradezu hysterische Reaktionen hervorrufen, wenn man Mao Zedong nur erwähnt.

Schon der reinen Neugier willen ist das sehr bedauerlich, heißt es doch gleichzeitig, dass ein ganzes Kapitel revolutionären Um- und Aufbruchs wie aus dem kollektiven (linken) Gedächtnis ausgelöscht scheint. Mao? Das war doch nur ein Massenmörder, auf einer Stufe mit Hitler und Stalin. Dieses Urteil bedeutet in der Konsequenz, dass es kaum Menschen gibt, die sich überhaupt noch mit dem maoistischen China beschäftigen, ganz zu schweigen davon, dass es kaum noch welche gibt, die tatsächlich Wissen darüber haben. Nicht nur beim 68er-Hype, sondern auch in den Diskursen um eine

Aufarbeitung „linker“ Vergangenheit, der „Sozialismusversuche“ usw. wird das maoistische China fast immer ausgeblendet. Die Ignoranz wird dann besonders absurd, wenn sich Leute die rasante (wirtschaftliche) Entwicklung Chinas erklären wollen und sich selbst dafür nicht mit der Zeit des maoistischen Chinas beschäftigen. Da heißt es dann schnell, die Entwicklung habe „trotz“ dieser „maoistischen Phase“ stattgefunden, dass es vielleicht „wegen“ dieser war, ist offenbar nicht mal denkbar.

Diesem Zustand etwas entgegenzusetzen, ist erklärtes Ziel von Henning Böke: „Dieses Buch wendet sich einer verlorenen Geschichte im doppelten Sinne zu: einer Geschichte enttäuschter Hoffnungen, in der die radikale Linke zunächst einmal verloren hat, und einer Geschichte, die die Linke des Westens aus dem Gedächtnis verloren hat.“ (16)

Für die etwas über 200 Seiten hat sich Böke viel vorgenommen. Es geht ihm dabei nicht nur um die Darstellung der wichtigsten Stationen und Entwicklungen der chinesischen Revolution, die er mit biografischen Details zu Mao spickt, um hartnäckige Falschdarstellungen, die „im Zeitalter allgemeiner neoliberaler Umerzweigung [...] auf fruchtbaren Boden [fallen]“ (9), und nicht nur um die Korrektur, dass beispielsweise die angeblich 30 Millionen Toten infolge des Großen Sprungs einer statistischen Hochrechnung auf Basis zweifelhafter Daten entspringen (59). Vor allem ist Böke darum bemüht herauszuarbeiten, welche theoretischen Ansätze Mao und die KPCh verfolgt haben, inwiefern diese etwas Neues und Fortschrittliches darstellten –

beispielsweise für Länder der „Dritten Welt“ Vorbild waren – und welche damals aufgeworfenen Fragen heute noch aktuell sind. Insbesondere die Infragestellung eines Geschichts-determinismus, einer Wissenschafts-, Fortschritts- und Technikgläubigkeit, die Abkehr vom zentralistischen Entwicklungspfad der Sowjetunion sowie die Betonung des bewusst handelnden Subjekts machten den „Maoismus“ für Intellektuelle und zeitweise große Teile der Linken im Westen attraktiv. „Die wesentliche Triebkraft sozialen Fortschritts sind bei Mao die Kämpfe der Massen, der Hauptfaktor ist die Politik, nicht die Ökonomie. [...] Der von Marx als ‚Überbau‘ bezeichnete Bereich der Politik, der Ideologie, Kultur und Moral hatte im Maoismus einen höheren Stellenwert inne als in allen anderen marxistischen Strömungen.“ (14)

Was Böke hierzu schreibt, mitunter auch über die Bedeutung von Maos „Theorie des Widerspruchs“, „alles teilt sich in zwei“, kann nur skizzenhaft bleiben, aber durchaus die Neugier wecken, den ein oder anderen Text von Mao vielleicht doch einmal im Original zu lesen. Eine nachträgliche Glorifizierung des maoistischen Chinas ist die Arbeit Bökes allerdings keinesfalls, Fehlentwicklungen werden benannt und kritisiert. Dass die Einschätzung und Beurteilung solcher unterschiedlich ausfallen kann und muss, versteht sich von selbst. Bökes Verdienst ist es jedoch, zumindest eine Grundlage für weitere, sich lohnende Auseinandersetzungen zu liefern.

Einziges wirkliches Manko ist die Pauschalierung des Autors in Bezug auf aktuelle maoistische Bewegun-

gen, die er als „mehr oder weniger bizarre Politsekten“ abtut. So werden zwar die Bewegungen in Peru, Indien und Nepal erwähnt – letzteren auch ein gewisser Erfolg bescheinigt – aber auf inhaltliche Diskussionen nicht eingegangen. Der Name des Vorsitzenden der US-amerikanischen maoistischen Partei, Bob Avakian, der seit den 1970er Jahren viele neue Denkanstöße geliefert hat und derzeit innerhalb der maoistischen Bewegung weltweit der meist diskutierte Theoretiker ist, fehlt gänzlich.

Cornelia Schöler

## Abendroth und die Neue Linke

*Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968), Argument Verlag, Hamburg 2008, 372 S., 24,90 Euro*

Wolfgang Abendroth (1906-1985) war in den 1950er und 60er Jahren der einzige Marxist auf einem bundesrepublikanischen Lehrstuhl. Sein Name ist mit der Philipps-Universität Marburg aufs Engste verknüpft, an der er als Ordinarius für wissenschaftliche Politik über 20 Jahre wirkte. Von Haus aus Jurist, entfaltete Abendroth, der als Staats- und Völkerrechtler bereits an den Universitäten Halle, Leipzig und Jena bis zu seiner Flucht aus der SBZ Ende 1948 gelehrt hatte, in Marburg einen schulebildenden Arbeits- und Wirkungszusammenhang, der weit über die Universität hinaus in die Arbeiterbewegung und die mit ihr verbundenen politischen und intellektuellen Zirkel hineinwirkte.

Sein Leben war untrennbar verbunden mit der Politik der Arbeiterbewegung und der sie begründenden Theorie des Marxismus. Die frühen, formativen Jahre seiner Biographie bis zu seiner Berufung an die Universitäten Leipzig und Jena (1948) hat Andreas Diers in einer umfassenden Teilbiographie vor zwei Jahren vorgelegt. Auf diesen Studien aufbauend und direkt an sie anschließend, hat der Regensburger Historiker Richard Heigl jetzt eine aus einer Augsburger Dissertation hervorgegangene wichtige Arbeit vorgelegt, die die Periode zwischen 1950 und 1968 behandelt. Heigl kann zeigen, wie der Widerständler Abendroth, der das Zuchthaus und das Strafbattillon 999 überlebt hatte, unter den Bedingungen des Kalten Krieges als Wissenschaftler die neue Disziplin der Politikwissenschaft mitbegründet und sie über Marburg hinaus in den Schriftenreihen seines Instituts und durch die Arbeit seiner Schülerinnen und Schüler im Grenzbereich zwischen Zeitgeschichte und Politologie mit beeinflusst hat (Weimarer Republik, Faschismus, Widerstand, Arbeiterbewegung, Parteien, etc.).

Abendroths Konzeption einer wissenschaftlich begründeten Politik fußte auf einer für ihn charakteristischen Theorie-Praxis-Vermittlung, in seinen eigenen Worten: „Die Theorie ist für die Praxis da, weil sie die Praxis anleiten will.“ Als Intellektueller in und für die Arbeiterbewegung galt der Marburger Wissenschaftler als Traditionsmarxist, der gleichwohl – aus seinen historischen Erfahrungen schöpfend – immer wieder die Flexibilität marxistischen Denkens dialektisch erprobte. Aus diesem Grunde

dürfte der „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“, so eine treffende Charakterisierung seines ersten Habilitanden Jürgen Habermas 1966, nicht von Wortschöpfungen wie „Neue Linke“, „Linkssozialismus“ oder „Reformmarxismus“ begeistert gewesen sein, weil sie in sich bereits tautologisch sind. D.h. aber nicht im Umkehrschluss, dass Richard Heigls begriffliche Klärungen unpräzise wären. Der Verfasser kann hingegen plausibel begründen, warum der linke Flügel der SPD bis 1961 als „linkssozialistisch“ verstanden werden kann. Aus den Zwischengruppen der Arbeiterbewegung hervorgegangen, verkörperten diese marxistischen Intellektuellen jene Linken Westdeutschlands (Fritz Lamm, Leo Kofler und Wolfgang Abendroth), „die Zugänge zur bis dahin verdrängten Kultur der revolutionären Arbeiterbewegung [eröffneten], boten praktische und theoretische Hilfe, vermittelten zwischen ‚alter Arbeiterbewegung‘ und der Neuen Linken.“ (10) Alle Genannten waren auf vielfältige Weise mit den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, dem SDS und den damaligen außerparlamentarischen Bewegungen verknüpft (den antimilitaristischen Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung, die atomare Aufrüstung, fortgesetzt in der Ostermarschbewegung und der Kampagne für Demokratie und Abrüstung; der Bewegung gegen die Notstandsgesetze und der Studentenbewegung).

Heigl gelingt es überzeugend, am historischen Material zu belegen, wie Wolfgang Abendroth zur Schlüsselfigur in diesem linken Netzwerk von Zeitschriften, Gruppen und Kreisen

avancierte. Das Material fand der Verfasser im hervorragend geordneten Nachlass Abendroths im Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG). Die Funktion dieser politisch-sozialen Zirkel und Netzwerke (z.B. der Kreis um Viktor Agartz und die WISO im DGB) bestand nicht nur im Brückenschlag zwischen den jüngeren und älteren Marxisten/Sozialisten, sondern auch in der Vorbereitung direkter politischer Interventionen in DGB, IG Metall, SPD und SDS (besonders nach 1961).

So marginalisiert die linken Netzwerke und ihre Zeitschriften (SoPo, Funken, Die Andere Zeitung etc.) auch gewesen sein mögen, ihre Arbeit hat maßgeblich zur Vorgeschichte der außerparlamentarischen Bewegung der 1960er Jahre beigetragen.

In den 50er und 60er Jahren war Abendroth durch seine politische und persönliche Bekanntschaft mit den Antifaschisten unter den Gewerkschaftsvorsitzenden (W. Gefeller, H. Seeger, A. Kummernuss, O. Brenner) vor allem in den Gewerkschaften ein gefragter Redner, aber auch ein politisch-strategischer Berater mit direktem Zugang zu den Vorständen. Willi Bleicher, jener legendäre Arbeiterführer aus Baden-Württemberg, der Buchenwald überlebt hatte und die großen Streikbewegungen der IG Metall gegen den ehemaligen SS-Mann Hanns Martin Schleyer 1963 und 1971 angeführt hatte, referierte mehrfach im Marburger Institut für wissenschaftliche Politik (IwP). Es ist sicher kein Zufall, dass sich zahlreiche jüngere Wissenschaftler auch der nachfol-

genden Schüler-Generationen von den charismatischen Persönlichkeiten aus Arbeiterbewegung und Antifaschismus angezogen fühlten und ihre Arbeit in den Apparaten der Industriegewerkschaften als Sekretäre oder gar Vorstandsmitglieder aufnahmen: die Beispiele aus der Marburger Schule Abendroths reichen von Fritz Opel aus den 50er Jahren bis zu Hans-Jürgen Urban in der unmittelbaren Gegenwart. Dass die persönliche Kooperation zwischen Abendroth und Otto Brenner in den 60ern schwieriger wurde, lag am Kalten Krieg, der Wende der Sozialdemokraten zur Volkspartei auf dem Godesberger Parteitag 1959 und dem dann folgenden Rausschmiss der linken Intellektuellen des SDS-Förderkreises, zu dem Abendroth an prominenter Stelle gehörte. Zugleich hatte Abendroth einen Gegenentwurf vorgelegt, der aber keine Aussicht auf eine auch nur qualifizierte Minderheit hatte. Es ist das Verdienst Heigls, die Bedeutung des Jahres 1958 für die Entstehung und Herausbildung einer Neuen Linken herausgearbeitet zu haben: Der Bundestag hatte am 25. März 1958 die Option auf atomare Aufrüstung unterstrichen, Bundesinnenminister G. Schröder (CDU) plädierte zum ersten Mal in einer Rede für ein Notstandsgesetz, die Gewerkschaften zogen sich sichtbar aus der Anti-Atomtod-Kampagne zurück. Andererseits hatte der linke Flügel des SDS den Bundesvorsitz dieser Studentenorganisation übernommen, die mit ihren Stellungnahmen gegen Wiederaufrüstung und atomare Gefahren, aber auch mit ihrem antifaschistischen Engagement den Zorn der SPD-

Führung erregt hatte. Für Abendroth wurde die Luft immer dünner, wie der Autor zusammenfasst: „Viele Gewerkschaftsmitglieder hielten gegen Ende der 1950er Jahre nur noch verdeckt Kontakt zu den Abendroths.“ (87)

In zweierlei Hinsicht sind die verfassungsrechtlichen und -politischen Beiträge des Juristen Abendroth in den 1950er und 60er Jahren bis heute von aktueller Bedeutung: Am Beispiel seiner Interpretation des Sozialstaats (Art. 20,1, GG: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“), zuerst auf der Staatsrechtslehrer-Tagung 1953 gegen den einseitig kapitalkonform das Rechtsstaatsprinzip verabsolutierenden und gegen das Demokratie- und Sozialstaatsgebot argumentierenden Carl Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff als Diskussionsbeitrag vorgetragen, zeigt sich das für Abendroth geradezu charakteristische Moment der im Begriff der „Oppositionspolitik“ (Heigl) zusammengebundenen widerständigen und zugleich offensiv-konstruktiven Aspekte seiner Interpretationen. Er wehrt zu Recht die Angriffe der vom Faschismus zum staatstragenden Konservatismus der jungen Bundesrepublik gewendeten Staatsrechtslehrer a la Forsthoff (1933: „Der totale Staat“) ab und erweitert damit den Gestaltungsspielraum für die demokratischen Organisationen der Arbeitnehmerschaft – in seiner einflussreichen Abhandlung über das „Grundgesetz“ (1966) ergänzt um eine historisch-soziologische Deutung zur Entstehung des Grundgesetzes, das Abendroth als Kompromiss zwischen den sozial-konservativen und den sozialistischen Strömungen

in der Parteienlandschaft verstanden hat. Seine Sozialstaatsinterpretation ist geeignet, die gegen den Geist des Grundgesetzes gerichteten Absichten der Hartz-Gesetze und ihre administrative Umsetzung zu analysieren und die sich verschärfende Armut in der Republik zu bekämpfen. Abendroths Ausführungen zum Sozialisierungsartikel könnten darüber hinaus dabei nützlich sein, die Verteidigung öffentlichen Eigentums gegenüber dem unverantwortlichen Privatisierungswahn von Seiten der Großkonzerne und der großen Koalition entgegenzuwirken.

Bezogen auf die Bedeutung der nationalen Frage betont Abendroth, dass die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu den hervorstechendsten Anliegen jeder sozialistischen Bewegung gehöre, deren Demokratisierungstendenz im Inneren mit der internationalen Perspektive verknüpft werden müsse. In Anknüpfung an Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre von 1916 formulierte Abendroth 1954 prägnant: „Sozialistischer Internationalismus war immer mit der energischen Verfechtung der demokratischen Interessen der Nation identisch.“ (126) Gemeinsam mit anderen hegte Abendroth in dieser Phase sicher die Hoffnung, so die Darstellung Heigls, „dass sich durch eine Wiedervereinigung die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Richtung Sozialismus verschöben.“ Als sich die Realitäten nach dem 13. August 1961 zugunsten der Festigung zweier deutscher Staaten verändert hatten, plädierte Abendroth für die Anerkennung der DDR und praktizierte mit der „Operation Mauerdurchlöcherung“ ein Stück deutsch-

deutschen Wissenschaftsaustauschs zwischen der Humboldt-Universität und der Alma Mater Philippina. Seine 1965 formulierte Vision von einer „friedlich in sich vermittelten Nation“ (130) bleibt damals wie heute eine Perspektive, an der die deutsche Linke sich messen lassen muss. Der Schutz der Verfassung vor den Verfassungsschutzministern erhält dabei oberste Priorität, wie Abendroths Kampf gegen das KPD-Verbot, die Notstandsgesetze und die Berufsverbote uns beispielhaft lehrt. Die Kampagnen gegen Lafontaine und Gysi haben uns einen Vorgeschmack auf das Wahljahr 2009 gegeben und sind antikommunistische Lehrstücke in Carl Schmittscher Freund-Feind-Doktrin.

Mit dem Ausschluss aus der SPD war Abendroth von vielen politischen Terminen entlastet, sodass er mehr Zeit zur eigenen wissenschaftlichen Arbeit und zum Schreiben hatte (267). In dieser Phase entstanden nacheinander: „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ (1964), ein Kommentar zur sozialdemokratischen Haus- und Hofgeschichtsschreibung aus Anlass der hundertjährigen Geschichte des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863), dann die in vierzehn Tagen (!) niedergeschriebene „Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung“ (1965) mit enormem Einfluss auf Studierende und Gewerkschafter, schließlich 1966 die schon erwähnte Einführung in das „Grundgesetz“ und der wichtige Sammelband „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“ (1967 – Bd. 47 der von Heinz Maus mit herausgegebenen Soziolo-

gischen Texte). Die weiterführenden Pläne, eine Geschichte des Widerstandes, eine Geschichte der Bundesrepublik (beides gemeinsam mit seiner Frau, der Historikerin Dr. Lisa Abendroth) und eine Rechtssoziologie zu verfassen, scheiterten (267).

Das lag vor allem an den Notwendigkeiten des Eingriffs in die praktisch-politischen Debatten, insbesondere in der Verbreiterung des Widerstandes gegen die 1968 von der ersten großen Koalition beschlossenen Notstandsgesetze. „Die Korrespondenz belegt“, so Richard Heigl, „dass Abendroth von 1966 bis 1968 als gefragter Redner von Veranstaltung zu Veranstaltung eilte.“ (197) Die drei großen außerparlamentarischen Bewegungen: die Gewerkschaften – allerdings mit zunehmendem Einflussverlust –, die Ostermarschbewegung und die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und die Antinotstandsbewegung, die sich mit Teilen der Studentenbewegung verbinden, konvergieren in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und lösen einen Politisierungs- und Demokratisierungsschub aus. Im Zusammenführen dieser Bewegungen, vor allem in der kontinuierlichen Schulung der intellektuellen Kader des SDS und ihrer Orientierung auf die Arbeiterbewegung, liegt ein großes Verdienst von Wolfgang Abendroth, der bei aller Kritik an den anarchistischen und spontaneistischen Tendenzen der antiautoritären Bewegung von 1968 die Chancen zur Erweiterung der Demokratie in Richtung auf einen humanen Sozialismus richtig erkannte und für die Studierenden in Marburg und darüber hinaus ein kritisch-solidarischer Partner blieb.



Heigls Arbeit hebt zu Recht hervor, dass einer der weiteren Schwerpunkte von Abendroths akademischer Tätigkeit in der hessischen Lehrerbildung gelegen hat. Im Hauptfachstudium Wissenschaftliche Politik legten einige Tausend bei Abendroth und seinen Schülern das Staatsexamen ab und gingen in die Schulen, viele andere erwarben über die Bad Wildunger Lehrgänge eine Weiterqualifikation für das Fach Sozialkunde/Gemeinschaftskunde (344). Mit der bevorstehenden Pensionierung eines großen Teils der 68er-Lehrerschaft wird dieser Einfluss in Hessen und anderen norddeutschen Bundesländern schwinden. Die gleiche Tendenz wird sich mit der Pensionierung der Hochschullehrer fortsetzen, die diese Tradition Abendroths in Marburg weiterentwickelt haben, sodass die Präsenz der „Marburger Schule“ (mit den Anregungen von Heinz Maus, Werner Hofmann und später Hans Heinz Holz) an der Philipps-Universität nur noch am Rande sichtbar bleiben wird. Die Nicht-Besetzung der Hochschullehrerstellen von R. Kühnl, G. Fülberth, F. Deppe lässt die Absichten von Universitätsleitung und Kultusministerium deutlich erkennen: Alle drei der Abendrothschen Tradition verpflichteten Wissenschaftler genießen eine internationale Reputation, Frank Deppe in besonderem Maße. Die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Rekonstruktion einer oder mehrerer Zentren kritischer Gesellschaftswissenschaft zu schaffen, ist daher auch eine Aufgabe zukünftiger linker Politik in der Bundesrepublik Deutschland.

Die überragende, charismatische

Persönlichkeit Wolfgang Abendroths mit seiner unbeugsamen Integrität, seiner demokratischen und humanen Ausstrahlung, seiner intellektuellen und wissenschaftlichen Kompetenz und seinem praktischen Engagement für Antifaschismus, Demokratie und Sozialismus lässt ihn zu einem demokratischen Vorbild für die jüngere Generation werden, auch wenn sie heute vieles anders sehen werden. Die Toleranz Abendroths gegenüber Andersdenkenden war beispiellos, wie man an der Förderung auch konservativer Studenten sehen kann (Rüdiger Altman, Diss. 1954; Reimer Wulff, Diss. 1968; auch der FDP-Politiker Wolfgang Gerhardt ließ sich von ihm im Rigorosum prüfen). Leider hat Abendroth umgekehrt diese Offenheit nicht erfahren, wie man an den Beispielen des Ökonomen Ernst Heuss und des Marburger CDU-Landtagsabgeordneten und späteren Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Walter Wallmann, ablesen kann. Richard Heigls Arbeit bietet wichtiges Anschauungsmaterial für demokratische Lernprozesse – und ragt auch fachlich hervor unter den jüngeren kritischen Historikern. Neben der Behebung kleinerer Fehler (ADF= Aktion Demokratischer Fortschritt, nicht: Front; Bund Freiheit der Wissenschaft, nicht: Wissenschaften) sollte eine Neuauflage vor allem ein Personen- und Sachverzeichnis enthalten.

*Gerhard Schäfer*

### **Ein anderes Buch zu „1968“**

*Gregor Kritidis, Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bun-*

*desrepublik Deutschland, Offizin-Verlag, Hannover 2008, 582 S., 34,80 Euro*

Im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Jahres 1968 ist eine sehr umfassende und detaillierte historische politikwissenschaftliche Analyse von dem Hannoveraner Wissenschaftler Gregor Kritidis über die Vorgeschichte der Studentenbewegung und der APO in der BRD erschienen.

Durch diese Studie wird eine empfindliche Lücke in der historischen Forschung über die sozialistische Bewegung in der BRD geschlossen. Denn es werden vom Verfasser erstmals fast alle linkssozialistischen Organisationen, Zeitschriften, internen Diskussionszirkeln und Personen der Jahre 1945 bis 1962 im historischen Zusammenhang untersucht und dargestellt, die im Konfliktfeld des Kalten Krieges jenseits der sich immer mehr an den „Adenauer-Staat“ der CDU/CSU anpassenden SPD und der prosowjetischen KPD gewirkt haben.

Es gelingt Kritidis mit und in seiner subtilen Analyse der geschichtlichen Tatsachen und der individuellen Selbstdeutungen der politischen Akteure, einerseits die Traditionslinien und andererseits die Brüche zwischen der linkssozialistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und der frühen BRD aufzuzeigen. Der Autor betritt dabei mit seiner Analyse oftmals historisches Neuland, er wertet u.a. zahlreiche Privatnachlässe der wichtigsten Protagonisten aus (z.B. von Wolfgang Abendroth, Fritz Lamm, Leo Kofler, Erich Gerlach, Wolfgang Hindrichs sowie vom kürzlich verstorbenen Peter

von Oertzen, dessen Schriften er im Übrigen mit herausgibt) und er geht weit über die bisherigen Forschungen von Karljo Kreter<sup>1</sup> und von Hans Karl Rupp<sup>2</sup> zu diesem Gebiet hinaus.

Kritidis strukturiert die Studie nach einer sehr gelungenen und informativen thematischen und historischen Einleitung in drei große Teile, entsprechend der wichtigsten geschichtlichen Perioden der BRD während der Jahre 1945-1962:

Einen ersten Teil über die sozialistische Linke in den Auseinandersetzungen um die Nachkriegsordnung in den Jahren 1945 bis 1953. In diesen Teil geht der Verfasser u.a. auf den „Funken“ und Fritz Lamm, Erich Gerlach, Willy Huhn und die Zeitschrift Pro und Contra, Wolfgang Abendroth, die Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands (UAP), Theo Pirker und Viktor Agartz sowie auf die Gruppe Arbeiterpolitik ein.

Den zweiten Teil über die Bewegung gegen die Westintegration bis zum Godesberger Programm der SPD während der Jahre 1954 bis 1959. Im Zentrum dieses Teils der Studie stehen zum einen die Zeitschriften *Sozialistische Politik* (SoPo), die *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* – WISO und *Die Andere Zeitung* (AZ). Zum anderen

<sup>1</sup> Karljo Kreter, Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986.

<sup>2</sup> Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1980.

sind die programmatischen Auseinandersetzungen um das Grundsatzzprogramm der SPD ein weiterer zentraler Bestandteil.

Den dritten Teil geht über die Zeit der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung bis zur *Spiegel*-Krise, der die Jahre 1958 bis 1962 umfasst. Im Mittelpunkt dieses dritten Teils der Studie stehen der Algerien-Krieg als ein Beispiel für das Verhältnis der westdeutschen Linken zur den antikolonialen Bewegungen, die Linkswende des SDS und dessen Ausschluss aus der SPD, die Gründung der Sozialistischen Förderergemeinschaft (SFG), Debatten über eine neue linkssozialistische Strategie sowie die Neuformierung der sozialistischen Linken.

Trotz des durch die Studie geschaffenen überaus großen historischen und politischen Erkenntnisgewinns müssen doch drei eher marginale Kritikpunkte angeführt werden. Zwar macht Kritidis in der Einleitung interessante Ausführungen zum Begriff und zur Geschichte der Restauration in der BRD der 1940er/50er Jahre, allerdings erfolgen in der Einleitung dann jedoch kaum Ausführungen zur Bestimmung dessen, was unter dem Begriff „Linkssozialismus“ zu verstehen ist. Auch wenn man diesen Begriff durchaus sehr weit fassen kann, so wäre doch eine etwas generellere Definition erforderlich und sinnvoll gewesen, um dadurch die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zumindest grob unterscheiden zu können. Ohne eine derartige Definition besteht nämlich die Gefahr, alle Personen und Organisationen links von der SPD fälschlicherweise unter dem Begriff des „Linkssozialismus“ zu subsumieren. Sinnvoll wäre außer-

dem auch ein zumindest kurzer eigenständiger und einführender historischer Überblick über den Linkssozialismus in der Weimarer Republik und im Faschismus gewesen, um die Kontinuitäten und Brüche zum Linkssozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg noch besser herausarbeiten zu können. Und als dritter Kritikpunkt ist schließlich zu fragen, weshalb der Autor nicht auch die Anfänge des Ende der 1950er Jahre gegründeten Projekts der Westberliner Zeitschrift *Das Argument* untersucht, zumal diese Zeitschrift und der Argument-Verlag in der Folgezeit innerhalb der linkssozialistischen Strömung der BRD eine erhebliche Bedeutung für die theoretischen Diskurse gewinnt.

Die Studie von Kritidis ist insgesamt eine äußerst gelungene kritische Auseinandersetzung mit der linkssozialistischen Strömung und deren politischen Alternativen innerhalb der frühen BRD, und gleichzeitig auch eine Kritik an der verkündeten Sichtweise dieser wesentlich durch Antikommunismus und Antisozialismus, durch den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, durch die zunehmende Einschränkung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten in der SPD und in den Gewerkschaften sowie durch Aufrüstung und Militarisierung geprägten Zeit als einer vermeintlich „geglückten Demokratie“. Der Verfasser zeigt in diesem Zusammenhang die wesentlichsten und bedeutsamsten Anknüpfungspunkte zwischen dem Linkssozialismus und der „Neuen Linken“ auf, die beide später vor allem ab der zweiten Hälfte der 1960er oftmals gemeinsam als politische Strömungen sehr aktiv in den politischen Reformprozess der BRD eingegriffen haben.

Insofern sind die Erkenntnisse der Arbeit von Kritidis unerlässlich, um die Zeit der APO und der „Neuen Linken“ besser und einigermaßen angemessen verstehen zu können. Als Ergänzung zu der Studie von Kritidis sollte auf jeden Fall das gerade erschienene Buch von Richard Heigl über Wolfgang Abendroth und die Neue Linke gelesen werden<sup>3</sup>, das sowohl zeitlich als auch thematisch unmittelbar an diese Studie anschließt und bis zum Anfang der 1970er Jahre fortsetzt.

*Andreas Diers*

### „1968“ und Zürich

*Erika Hebeisen/Elisabeth Joris/Angela Zimmermann (Hrsg.), Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse, hier+jetzt Verlag, Baden/Schweiz 2008, 237 S., 32,80 Euro*

„1968“ in der Schweiz? War da was? Ja, da war etwas, wenn auch etwas anderes, und in einer anderen politischen Gesellschaft als in Frankreich oder in Deutschland. Schließlich wurde, um nur einen Umstand zu nennen, in der Schweiz für Frauen das Stimmrecht bei Volksabstimmungen und bei Parlamentswahlen erst 1971 eingeführt. Mit „Zürich 68“ liegt ein reichlich illustrierter und sehr ansprechend gestalteter Sammelband im Katalogformat vor, der die Breitenwirkung von „1968“ in der schweizerischen Metropole Zürich anhand verschiedener Themenbereiche und durch die kurze Vorstellung einzelner AktivistInnen und ihrer Biografien veranschaulicht.

<sup>3</sup> Vgl. die Besprechung im vorliegenden Heft. Anm. der Red.

Zürich ist als ein Ort der Emigration bekannt. Der Züricher Theo Pinkus, die gleichnamige 1997 geschlossene Buchhandlung und die 2000 wegen ökonomischer Probleme in die Stadtbibliothek eingegliederte Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung waren über die Schweiz hinaus bekannt.

„Zürich 68“ wird von zwei jungen und einer älteren Historikerin herausgegeben. Die Beiträge kommen alle von jungen bis sehr jungen AutorInnen, was ihnen nicht geschadet hat, im Gegenteil. Sie stützen sich durchweg auf Archivrecherchen und mindestens jeweils ein Interview mit ZeitzeugInnen. Die junge Generation der in den 1970er Jahre geborenen ForscherInnen geht an das Thema erfrischend unkompliziert heran. In Deutschland beherrschen immer noch die ZeitzeugInnen das Feld, und mit ihrer penetranten Neigung, die eigene Biografie gleich noch offen oder im Subtext mit zu verhandeln – wie es etwa Aly, Kraushaar, Koenen und die anderen üblichen Verdächtigen tun – erschweren sie eine offene, fruchtbare Debatte.

Die Herausgeberinnen verstehen „1968“ in seiner Wirkung als nachholende kulturelle Modernisierung einer damals wirtschaftlich expandierenden, aber moralisch mehr als behäbigen Schweiz. „1968“ sei aus historischer Perspektive betrachtet „als politische Revolution lediglich noch zu Grabe zu tragen“, seine Wirkung heute vor allem im Alltag zu spüren. Aber „1968“ hatte auch politische Folgen, die die Einleitung nur streift: Wurde in Deutschland die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) und ihr Studierendenverband erst um

1968 gegründet, trat die so genannte *Junge Sektion* der schweizerischen *Partei der Arbeit* innerhalb eines Jahres nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag aus ihrer Mutterpartei aus. Die „langen 1968er-Jahre“ der Schweiz sind insgesamt noch relativ unerforscht, die Herausgeberinnen haben sich für einen kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Zugriff auf ihr Thema entschieden, der ideen- und organisationsgeschichtliche Phänomene, wie etwa die Wechselwirkungen zwischen „etablierter“ und „neuer Politik“, ausblendet.

Der Hauptteil wird von achtzehn Detailstudien zu einzelnen wichtigen Bereichen von „1968“ und seinen Folgen gebildet. Das Spektrum der behandelten Themen ist sehr breit, es reicht vom fortschrittlichen linken Fußball, der flügelübergreifend in Zürich gespielt wurde, über die Kampagne gegen Erziehungsheime bis zur Gründungsphase alternativer Betriebe oder Anwaltskollektive. Die Musikszene und ihre Bedeutung, die Schüler- und StudentInnenbewegung, die Frauenbewegung, die pazifistische Bewegung wie auch die gegen den Vietnamkrieg sowie die wenigen radikal-linken Organisationsversuche sind ebenso Thema wie die Kommunen und antiautoritären Kindergärten und die erste Hausbesetzung im April 1971. Ein Personen-, Orts- und Literaturverzeichnis und eine Züricher Stadtplan, in dem 48 Orte, die für „1968“ und seine Folgen eine Rolle gespielt haben, eingetragen sind, runden das Buch ab.

In ähnlicher Aufmachung und inhaltlicher Struktur liegt vom selben Verlag auch ein Band zu „1968“ in der Haupt-

stadt Bern vor. Sie sind beide auch für NichtschweizerInnen lohnend zu lesen und können, was die Gestaltung und die inhaltliche Breite angeht, als Anregung für weitere lokale oder regionale Studien dienen, zu „1968“, aber auch zu den neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, deren Historisierung gerade erst beginnt.

*Bernd Hüttner*

### **Hommage an die (gefallenen) companeros**

*Boris Schöppner, Nachbeben. Chile zwischen Pinochet und Zukunft. Reportagen und Interviews, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2008, 227 S., 15,00 Euro*

Mit dem vom Frankfurter Journalisten Boris Schöppner vorgelegten Reportagen- und Interviewband „Nachbeben – Chile zwischen Pinochet und Zukunft“ wird nicht nur der Widerstand gegen Pinochet im Nachdenken von Akteuren bearbeitet, sondern auch die Relevanz des Widerstands für heute diskutiert.

In sehr persönlichen Rückblicken und Erinnerungen der Widerständigen erhalten die „Eckdaten der Militärdiktatur“ eine andere Dimension. Durch die besondere Form der Bearbeitung geraten trotz der „harten“ Daten („3000 Exekutierte, 2000 Verschwundene, 35.000 Folteropfer, mehr als eine halbe Million Menschen, die das Land verlassen haben“ (143)) die Einzelschicksale nicht in Vergessenheit, sodass der Ausgangspunkt und das zentrale Anliegen dieses Buches die „Frage nach der Erinnerung oder dem Gedächtnis ... des Widerstands ...“ leitend bleibt (218).

Schöppner, der sich für die Realisierung dieses Buches 2006 und auch vorher mehr als ein Jahr in Chile aufhielt, formuliert die ihn interessierenden Fragen: „Wie haben sie [die interviewten WiderständlerInnen, TEW] die Diktatur und deren Ende erlebt? Wie leben sie im heutigen Chile? Was wurde aus ihren Träumen, ihren Ideen und Idealen?“ Einfühlsam nähert er sich den Interviewten. Erfreulich ist, dass auch viele Frauen mit ihren sehr spezifischen Erfahrungen und Deutungen zu Worte kommen.

In den 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts griff die Pinochet-Diktatur im Kampf gegen den Widerstand auch verstärkt zu dem repressiven Mittel der Verbannung. Die „relegados“ wurden in einem Land wie Chile, das von Nord nach Süd knapp 5.000 km misst, in abgelegene unwirtliche Landesteile verbannt. Sie erhielten dort jedoch nicht selten solidarische Unterstützung. Die im Jahre 2006 78-jährige Gastwirtin Rosa Perez Pinto von der Insel Chiloe' gibt stellvertretend für ihre Art des Unterstützens das besondere „Einheitsdenken des Widerstandes“ an: „Ich bin Sozialistin, aber es war mir egal, welcher Partei die Verbannten angehörten, denn es waren Linke.“

Sehr instruktiv sind die Ausführungen zur „Bewegung der Revolutionären Linken“ (MIR – Movimiento de Izquierda Revolucionaria) im aktiv-militanten Widerstand gegen Pinochet. Erst relativ spät konnte sich die KP Chiles selbst zum bewaffneten Kampf entscheiden; sie gründet 1983 (16) die „Frente Patrio'tico Manuel Rodriguez“, die sich allerdings schon 1987 von ihr trennte (67). Boris Schöppner verhehlt nicht seine Sym-

pathien für den politischen Anarchismus, was ihn aber auch nicht daran hindert, eine Reihe von KP-Leuten zu interviewen und sie mit ihren besonderen Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen.

Während seines Aufenthaltes in Chile konnte einer der Mörder des Liedermachers Victor Jara „geoutet“ werden. Victor Jara wurde im „Estadio de Chile“ (es trägt heute seinen Namen) in den ersten Tagen des Putes im September 1973 grausam gefoltert und später mit 44 Gewehrkugeln getötet. Die auch im Band geschilderte Art des gezielten öffentlichen Anklagens wird „Funa“ genannt (207ff.). Sehr akribisch werden solche öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen Diktatormörder von der „Comiso'n Funa“ vorbereitet.

Die Interviewten machen sehr deutlich, dass sie nicht als Opfer, sondern als Widerständler wahrgenommen werden wollen. Elsa Blumen formuliert das für sich so: „...trotz der Militärstiefel, trotz der Militärdiktatur musste man handeln...“ (126).

Der Pinochet-Terror hinterlässt die chilenische Gesellschaft „krank, verletzt und traumatisiert“ (8). Im Verhältnis zur „Transicion“ (so wird der Übergang von der Diktatur zur bürgerlichen Republik von etwa 1988-1990 genannt) und später zur „Concertacio'n“ (der eigentümlichen „Großen Koalition“, die seit 1990 in Chile die neoliberalen Verhältnisse stabilisiert) zeigt sich die Fragmentierung und Zersplitterung der unterschiedlichen Linken – und auch der KP. Auch das verdeutlicht dieses Buch. Aus der Geschichte Chiles und den dazu von Schöppner gebotenen „Innenansichten“ (angereichert mit zahlreichen Fotos,

mit zahlreichen Fotos, die auch „optische“ Einblicke in das Chile von heute vermitteln) lässt sich auch für deutsche Linke einiges Lernen. Ein „Glossar“ am Ende des Buches hilft durch die politischen Zerklüftungen Chiles und ermöglicht so zu einer verständlicheren „Wiederbegegnung“ mit Chile. Vor unserem Auge entsteht so ein aktuelles Länderportrait, das die vielen politischen Brüche – im Spiegel zahlreicher persönlicher (Widerstands-)Erinnerungen und Reflektionen – nachvollziehbarer macht.

*Thomas Ewald-Wehner*

## Nationale Identitätssuche

*Jan Selling, Aus den Schatten der Vergangenheit. Deutschlands nationale Identitätssuche nach 1990, Miltzke Verlag, Leipzig 2007, 364 S., 34,90 Euro*

Der Zusammenhang zwischen einer sich neu etablierenden nationalen deutschen Interessenpolitik und der Bedeutung der NS-Vergangenheit für das bundesdeutsche Geschichtsbild lag seit den 1980er Jahren offen zutage. Ausgehend von der „geistig-moralischen Wende“ der konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl 1982, über den umstrittenen Bitburgbesuch von Kohl und dem US-Amerikanischen Präsidenten Reagan 1985, den Historikerstreit 1986 bis zur deutsch-deutschen Vereinigung 1990 lassen sich die Bemühungen konservativer Eliten beobachten, die in der Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus begründeten Barrieren für eine unbefangene und vermeintlich „normale“ nationale Interessenpolitik Deutschlands zu beseitigen. Zielte konserva-

tive Geschichtspolitik bis zu den 1990er Jahren vor allem auf eine Relativierung der NS-Vergangenheit, um so zu einem positiveren, national grundierten Geschichtsbild zu gelangen, ergaben sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre andere Wege, um das „Normalisierungsprojekt“ voranzutreiben. Schließlich erreichte Deutschland seine volle nationale und auch militärische Bewegungsfreiheit geschichtspolitisch nicht durch Verdrängung, sondern durch die Integration vor allem des herausragendsten Verbrechens der Nazis, der Ermordung der europäischen Juden. Das Berliner Holocaustmahnmal ist Zeichen dieser Integration, mit der das „Normalisierungsprojekt“ an einen vorläufigen Endpunkt gelangt ist.

Die Etappen dieser geschichtspolitischen Entwicklung sind in den letzten Jahren in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten nachgezeichnet worden, oftmals jedoch aus dem unmittelbaren Geschehen heraus, sodass sich nur vorläufige Entwicklungen konstatieren ließen. Mit der Arbeit von Jan Selling liegt eine Darstellung vor, die von einem vorläufigen Endpunkt der Entwicklung aus den Rückblick auf Etappen dieser „Normalisierung“ seit 1990 wirft. Zudem handelt es sich um einen halben Blick von außen, denn Sellings Arbeit liegt seine Dissertation in Schweden zugrunde. Allerdings arbeitete der Autor zwischen 1992 und 2002 als Korrespondent der schwedischen Zeitung „Göteborgs Posten“ in Deutschland und hat die Entwicklung kommentierend und aus nächster Nähe miterlebt.

Vier geschichtspolitische Ereignisse bzw. Debatten untersucht Selling, um

an ihnen die Dimensionen und Widersprüchlichkeiten des nationalen Normalisierungsprojektes zu verdeutlichen: Die Walser-Bubis-Debatte, den Konflikt um die Neuausrichtung der Gedenkstätte Buchenwald, die Etablierung der Neuen Wache als zentraler Gedenkort der Bundesrepublik und schließlich die Debatte um den Bau des Berliner Holocaust-Denkmal.

Die Walser-Bubis-Debatte steht deshalb am Anfang, weil hier am deutlichsten von Angehörigen der Eliten formuliert wurde, worin das Ziel der geschichtspolitischen Neuformulierung bestehen sollte und weil hier die unterschiedlichen Strategien, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, deutlich werden. Von Martin Walser wurde in seiner Friedenspreisrede 1998 Auschwitz als Hindernis der deutschen Normalisierung ausgemacht, weshalb es ihm um eine Verdrängung der Erinnerung aus dem öffentlichen Raum ging. Selling belegt sehr gut, wie aus diesem ursprünglich konservativen Normalisierungs-Projekt mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün auch ein sozialdemokratisches Projekt wurde, getragen vor allem durch Bundeskanzler Schröder, der der Sichtweise Walsers mehr oder weniger zustimmte und mit seiner Regierung „das Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“ (67) zum Ausdruck bringen wollte. Jedoch lässt sich schon hier ein Unterschied zur konservativen Lesart der Normalisierung ausmachen, denn für Klaus von Dohnanyi, einen der vehementesten Verteidiger Walsers, führt der Weg zur Normalisierung nur über die Anerkennung und Integration der Verbrechen des Faschismus in das nationale Geschichtsbild und Selbstverständnis.

Zentral ist die Walser-Bubis-

Kontroverse laut Selling auch deshalb, weil sie den Übergang des kommunikativen (erlebten) Gedächtnisses zum kulturellen (vermittelten) Gedächtnis kennzeichnet (103). Mit dem Abtreten der Erlebnisgeneration werden noch einmal Weichen für die Tradierung von Erinnerungen gestellt, wodurch sich die Heftigkeit der geschichtspolitischen Debatten in den 1990er Jahren erklärt.

Am Anfang dieser geschichtspolitischen Debatten stand die Kontroverse um die Gedenkstätte Buchenwald, in der die ideologischen Elemente des Normalisierungsprozesses am deutlichsten zutage traten. Vor allem die Ablösung der für die DDR konstitutiven Tradition des Antifaschismus durch den Antitotalitarismus, spiegelt sich in der Auseinandersetzung um Buchenwald. Laut Selling stellte der Antifaschismus für den Normalisierungsdiskurs eine Gefahr dar, konnte er doch als „konkurrierendes Geschichtsbild und eine konkurrierende politische Identität“ (175) verstanden werden, die der zu etablierenden nationalen Identität zuwiderlaufen könnte. Überdies konnte mit der Beseitigung des Antifaschismus eine zentrale Legitimationsbasis für den anderen deutschen Staat beseitigt werden. Die ausführliche Rückschau des Autors auf die Debatte um Buchenwald und die gleichzeitige quasi staatsoffizielle Festigung des antitotalitären Konsenses durch die Arbeit der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der ‚SED-Zeit‘ verdeutlichen noch einmal die tiefe historisch-ideologische Niederlage der sozialistischen Linken, deren geschichtspolitische Folgen bis heute spürbar sind und noch lange anhalten werden.



Die Umsetzung dieser antitotalitären Hegemonie verdeutlicht Selling im anschließenden Kapitel, das der Umwidmung der Neuen Wache in Berlin zur zentralen historischen Gedenkstätte der Bundesrepublik gewidmet ist. Maßgeblich vorangetrieben von Helmut Kohl wurde aus einem zentralen Ort der staatsoffiziellen Geschichtsinterpretation der DDR ein Ort, der das konservative Verständnis nationaler Geschichtspolitik verdeutlichen sollte. „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“, mit dieser Inschrift sollte ein Konsens jenseits der Benennung von Schuld und Verantwortung zum Ausdruck kommen, der einen nationalen Bezugspunkt der trauernden Erinnerung darstellt. Diese Verwischung der Unterscheidung von Opfern und Tätern traf nach wie vor auf heftigen Widerstand; Kohl konnte sich mit seinem Ansinnen jedoch durchsetzen, wenngleich er, so legt die Darstellung Sellings nahe, dafür ein Kompensationsgeschäft eingehen musste: den Bau des Holocaustmahnmals.

Die Debatte zu diesem zentralen Denkmal der Berliner Republik umfasst den gesamten Zeitraum der Untersuchung von Selling und spiegelt deshalb die veränderten Diskurslinien der geschichtspolitischen Entwicklung in den 1990er Jahren recht gut wider. Die Rekapitulation dieses Diskurses ist äußerst aufschlussreich und verdeutlicht die unterschiedlichen politischen Bedürfnisse, die sich mit dem Mahnmal verbinden. Interessant ist hier vor allen Dingen, dass Selling zahlreiche Belege dafür anführt, dass gerade der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder dem Mahnmal sehr reserviert ge-

nüberstand. Auch hier wollte man die NS-Vergangenheit nicht länger als Barriere für eine nationale „Normalisierung“ gelten lassen. So trafen sich in der Debatte um das Holocaustmahnmal schließlich die aufgeschlosseneren konservativen und sozialdemokratischen Normalisierungsvorstellungen. Die mit dem Holocaust-Denkmal einhergehende Internationalisierung der Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden bedeutete für Deutschland ein Ende der negativen nationalen historischen Besonderheiten. Der Holocaust ist inzwischen zu einem universellen „negativen Maßstab“ geworden und damit von seinem Bezug zur deutschen Geschichte entkontextualisiert worden: „In dieser Externalisierung liegt ihr normalisierendes Potenzial für den deutschen Identitätsdiskurs.“ (269)

An den von Selling untersuchten Fallbeispielen lässt sich die von ihm als nationales Normalisierungsprojekt bezeichnete Veränderung des bundesdeutschen Geschichtsbildes in den 1990er Jahren gut nachvollziehen. Die hier präsentierten Ergebnisse sind nicht neu und konnten auch in anderen Arbeiten zu diesem Thema schon nachvollzogen werden. Dennoch ist die Lektüre des Buches äußerst kurzweilig und erhellend, verdeutlicht sie doch noch einmal die langfristigen geschichtspolitischen Weichenstellungen, die ihren Ausgangspunkt schon vor der Wende von 1989 nahmen, die jedoch durch die Niederlage des Realsozialismus enorm beschleunigt wurden.

*Gerd Wiegel*

## **Klassische deutsche Philosophie**

*Wolfgang Förster, Klassische deutsche Philosophie. Grundlinien ihrer Entwicklung. Peter Lang, Frankfurt am Main 2008 (Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 51), 534 S., 78 Euro*

Der Autor sucht „Grundpositionen und Entwicklungszusammenhänge des philosophischen Denkens in Deutschland vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zu den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Verbindung mit der geschichtlichen Umbruchsituation jenes Zeitraums zu erhellen“ (S. 7). Er legt dazu vornehmlich die DDR-Forschung bzw. -Literatur zugrunde. Auch davon lediglich einen Ausschnitt! Sie war umfassender in Inhalt, Quantität und Qualität gerade zu diesem Gegenstand, weil ihre theoretischen Väter - K. Marx und F. Engels - u.a. direkt auf der klassischen deutschen Philosophie fußten.

Neben einer „Einleitung: Zur historischen Konstellation der klassischen deutschen Philosophie“ und einer „Schlussbemerkung“ enthält das Buch 19 Abschnitte.. Bei manchen behandelten Denkern wird ausführlich auf ihr Leben und Wirken eingegangen, manche angeführte Philosophen bzw. Einzelwissenschaftler sind weder mit Vornamen noch mit Initialen versehen, andere auch mit Lebensdaten! Ein Großteil der Abschnitte besteht aus vielerlei Facetten, wobei diese nicht miteinander verbunden sind.. Das wäre durch ein Personen- oder auch durch ein Sachregister sehr zu verdecken gewesen! W. Försters Buch enthält 1463 Fußnoten. Es ist

eine Art Übersicht über die Philosophie in Deutschland von Lessing bis Feuerbach!

Generell wird die klassische deutsche Philosophie als „eine Gipfelleistung in der Geschichte des menschlichen Denkens“ eingeschätzt, die „durch das welthistorische Ereignis der Französischen Revolution“ entscheidend geprägt wurde (S. 9). Verdienstlich ist, dass sie auch als Ergebnis deutscher Philosophieentwicklung seit Reformation, Renaissance und Frühaufklärung, nicht nur als Ergebnis westeuropäischer Geistesentwicklung gefasst wird! Für die klassische deutsche Philosophie wird die Dominanz des Idealismus als die zu jener Zeit theoretisch überlegene Form philosophischen Denkens konstatiert. Der philosophische Materialismus werde erst mit dem Vormärz bestimmend.

Das Buch ist sehr kompakt angelegt. Man kann kaum einen Satz herausnehmen, ohne den auf hohem Niveau stehenden Zusammenhang zu zerstören! Eigentlich ist das Buch aber zu breit angelegt! Die Abschnitte 1 und 2 sind der Aufklärung gewidmet, der Abschnitt 14 („Philosophische Positionen der deutschen Frühromantik und ihre konträren Fortentwicklungen“) ist zwar in der gleichen Zeit angesiedelt, hat aber mit dem Buchtitel nichts zu tun.

W. Försters Einleitung und Schlussbemerkung belegen, was für ihn hinsichtlich der klassischen deutschen Philosophie feststeht. Manches erscheint mir problematisch: sollte man von „religiösen Ideologien“ (S. 27) sprechen? Gibt es nicht in Deutschland auch eine katholische

Aufklärung, wengleich sie weniger verbreitet ist und erst etwa 50 Jahre später auftritt? Ist Lessings Toleranz nicht lediglich eine Stufe im Toleranzverständnis? Was ist gegen „die Auffassung Lessings ... als chiliastischer Erwartung des kommenden Gottes“ (S. 32) einzuwenden? Chiliasmus meint die Lehre vom Tausendjährigen Reich des Friedens auf dieser Erde, von Christi Wiederkehr vor der Apokalyptik, eine utopische These, wobei ich in dieser Arbeit Utopie für unterschätzt halte. Ist allein Vernunftdenken für die deutsche Aufklärung bestimmend? Ist nicht auch die emotionale Komponente unverzichtbar? Bei J.G. Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ hätte auch J.Chr. Adeling Erwähnung verdient, der mit dem „Versuch einer Geschichte der Cultur des menschlichen Geschlechts“ (1782) auch auf Herder fußt. Zu Rationalismus und Sensualismus in der deutschen Aufklärung hätte man W. Schneiders erwähnen oder benutzen sollen. Ebenso beim Pantheismus J.G. Herders K.Chr.Fr. Krause, der in Spanien und Lateinamerika bestimmende, in Deutschland hingegen vergessene klassische deutsche Philosoph.

W. Försters kenntnisreiches Buch ist keine Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen! Die 47 Druckseiten zu Kant versieht er allein mit 89 Kant-Belegen, nur 11 davon beziehen sich auf dessen Frühperiode! W. Förster setzt wesentliche marxistische Grundkategorien, wie Materialismus, objektiver und subjektiver Idealismus, Dialektik u.a. voraus. Er sieht Kants Arbeiten vorwiegend positiv, was für marxistische Philosophiegeschichte nicht immer und

nicht überall kennzeichnend war! Repräsentiert J.G. Fichte lediglich „die Positionen des demokratischen Kleinbürgertums während und nach der Französischen Revolution“ (S. 123; vgl. S. 128, 145f.). Seine Wirkung ist auch nach W. Försters Darstellung viel umfassender! Völlig zu Recht wird F.W.J. Schelling in zwei Kapiteln behandelt: einmal als „Theoretiker der Dialektik der Natur“ (S. 165-205), zum anderen seine „Wendung zur Religion“ (S. 433-443) seit 1809. Die Darstellung seiner Progressivität ist also viel umfassender, was der Wirklichkeit entspricht. Nach W. Förster hat Schelling in J. Böhmes stark benutzter Lehre „gerade die theologischen Formen konserviert ... , in die sie gekleidet ist“ (S. 434). Man kann auch bei oppositionellen Philosophen des 17. Jhs. nicht bloß von einer „religiösen Form“ sprechen! Die Religion ist einfach da, es ist aber eine mit der Orthodoxie nicht vergleichbare! Völlig dem Sinne der Dialektik und damit der Wirklichkeit folgend wird Schellings Denken und Schaffen nach 1806 nicht völlig als „reaktionär“ klassifiziert, die Vorlesungen „Zur Geschichte der neueren Philosophie“ (1827) werden zu den „bedeutsamen Leistungen des späten Schelling“ (S. 438) gezählt. Dabei wird gesagt: „Die Schellingsche Naturphilosophie übte in Deutschland von 1800-1830 als die bestimmende Geistesströmung einen nachhaltigen Einfluss auf fast alle Gebiete der Naturwissenschaft und Medizin aus“ (S. 186). Wie das aber, wenn Schelling seit 1809 „die materialistischen und rationalistischen Ideen der letzten Jahrhunderte von prinzipieller Warte“ kritisierte (S. 433)?

W. Förster stellt auch Leistungen von Dichtern wie J.W. Goethe, F. Schiller, F. Hölderlin, von Staatsmännern wie W. von Humboldt dar. Viele weitere Vertreter dieser u.a. Richtungen, wie Naturwissenschaftler, oppositionelle Theologen, Staats- und Rechtswissenschaftler werden in entsprechenden Abschnitten gewürdigt. Kann man bei ihnen von einer selbständigen Position in der klassischen deutschen Philosophie sprechen? Sinnwissenschaften sind nur Philosophie und Theologie, nur sie vermögen eine Weltanschauung zu begründen, in welcher Weise auch immer! Sachwissenschaften vermochten nie eine eigene Weltanschauung zu vermitteln, auch die Dichtung musste stets auf Philosophie oder Theologie zurückgreifen. Zweifellos kommt es bei der Nutzung von Philosophie und Theologie bei großen Gestalten der Dichtung auch zu eigenständigen Ergebnissen! Aber gehört z.B. der junge J.W. Goethe in die klassische deutsche Philosophie, wenn sich bei ihm „Komponenten, die aus der Rezeption der Renaissancephilosophie, aus der Kritik der mittelalterlichen Scholastik sowie erstarrter Züge der Aufklärung erwachsen, mit der Aufnahme eines dynamisierten Spinozismus“ verbinden (S. 207)? F. Schiller war in seiner Jugend weitgehend von B. Spinoza, den englischen Moralphilosophen A. Ferguson und A. Shaftesbury und wohl auch vom württembergischen Pietismus geprägt. Kommt „Im Entwicklungsgang der klassischen deutschen Philosophie ... der Konzeption Schillers eine erhebliche Bedeutung zu“ (S.237)? F. Hölderlin habe „Positionen der klassischen

deutschen Philosophie in eigenständiger Weise weitergeführt“. W. Förster nennt den schwäbischen Pietismus, die spinozistische Ethik, Herder, Rousseau, Kant, Fichte und Schiller als seine „philosophische Anknüpfungs- und Bezugspunkte“ (S. 241). Es ist ganz normal, dass jeder Theoretiker – auch jeder Dichter – die Gedankenwelt seiner Zeit und der Vergangenheit eigenständig verarbeitet! Damit ist er noch kein Kantianer, Schellingianer, Fichteianer, eher ein „Eklektiker“, der nach 1. Thess. 5, 21 handelt: „Prüfet aber alles, und das Gute behaltet“. Die Ausführungen zu F. Hölderlin – und nicht nur sie – sind stark von Überlegungen des DDR-Philosophen und -Kunsttheoretikers Wolfgang Heise geprägt. Der Abschnitt über deutsche Naturphilosophie zu Beginn des 19. Jhs. behandelt vornehmlich F.W.J. Schellings Einfluss auf G.R. Treviranus, L. Oken, H. Steffens, K.F. Burdach, K.E. von Baer. Dass „die von Schelling und Oken ausgehende Naturphilosophie ... Carus Denken maßgeblich“ inspirierte (S. 268) halte ich für durchaus vertretbar, doch ist sehr stark auch hier die Romantik zu nennen, ebenso K.Chr.Fr. Krause.

Im Abschnitt „Radikaldemokratische, materialistische und atheistische Auffassungen im Deutschland des ausgehenden 18. Jahrhunderts.“ wird zunächst der namhafte Vertreter „des revolutionär-demokratischen Flügels der deutschen Aufklärung“ A. Freiherr von Knigge behandelt, dann der vornehmlich durch seine Aphorismen als Aufklärer bekannt gewordene Physiker G.Chr. Lichtenberg. Nur wenige Zeilen belegen, dass in den 90er Jahren des 18. Jhs. auch I.

Kant auf ihn Einfluss nahm. Nach dem bedeutenden Repräsentanten atheistischen Denkens in Deutschland Ende des 18. Jhs., nach J.H. Schulz, war Spinozas einer der bedeutendsten Atheisten (S. 286). Ähnlich urteilt K. von Knoblauch, der „Spinoza in offen materialistischem Sinne“ interpretierte, dessen Ideen mit „den atheistischen Lehren der französischen Materialisten ... viele Berührungspunkte hatten“ (S. 290). A. von Einsiedel folgt dem philosophischen Materialismus von Demokrit und Diderot, lehnt I. Kants System als unsinnig ab. K.L. von Knebel folgt weitgehend Lucretius Carus, dem französischen Materialismus und J.G. Herder, sowie J.W. Goethe. Sind diese u.a. genannte Demokraten, Atheisten usw. unter die „klassische deutsche Philosophie, die den Zeitraum des letzten Drittels des 18. Jhs. bis zu den vierziger Jahren des 19. Jhs. umfasst“ (S. 7) zu rechnen? Per Definitionen bzw. nach marxistischem Verständnis ist klassische deutsche Philosophie progressiv. Das ist aber z.B. das Denken des alten Schelling nur bedingt und das romantische ist von anderer Qualität als das klassische deutsche philosophische Denken! Manches im 17. und 18. Jh. von der Theologie als atheistisch gebrandmarkte Denken wird heute von ihr als – jedenfalls z.T. – berechtigt anerkannt! Auch Theologie oder Orthodoxie entwickeln sich! W. Förster verzichtet „auf die Erörterung des explizit sozialistischen Denkens in dem hier behandelten Zeitabschnitt, das den Horizont der klassischen bürgerlichen Philosophie überschreitet“ (S. 339).

M.E. erfolgt bei der romantischen

Bewegung „aus dem Bewusstsein der Enge des Aufklärungsrationalismus“ nicht nur „der Verzicht auf die Grundpositionen des bürgerlichen Fortschrittsdenkens“ (S. 341). Philosophisch geht es auch darum, dass an die Stelle des verabsolutierten Rationalismus die Emotionalität gesetzt wird. Die Romantiker erstrebten ein starkes, leidenschaftliches Eigenleben, sie ersetzten utilitaristische durch ästhetische Ideale. Die Romantik ist eine geistige Bewegung von europäischen Ausmaß, sie folgt auch J. J. Rousseau. Zählt sie irgendwie zur klassischen deutschen Philosophie? Was soll dann die Romantik in England und Frankreich bedeuten? Von Fichte gelangt Novalis „zu einer mystisch-theosophischen Identitätsphilosophie, die die Traditionen der Mystik und der spekulativen Naturphilosophie vereint“ (S. 347). Bei F. Schlegel, dem führenden Kopf der deutschen Frühromantik, spielen J.G. Fichte und auch F.W.J. Schelling eine große Rolle. Aber dies bis etwa 1800! Danach erfahren immer mehr „die auf der Vernunft begründeten Traditionen der deutschen idealistischen Philosophie ... eine prinzipielle Ablehnung“ (S. 356). In welcher Hinsicht ist das „klassische deutsche Philosophie“?

Im Denken G.W.F. Hegels „kulminiert „klassische deutsche Philosophie“ (S. 369). Hegels Leben wird relativ breit geschildert. Damit ist eine Kurzcharakteristik seiner jeweiligen Arbeiten verbunden. Hegel sind 62 Druckseiten mit 143 Fußnoten Hegels gewidmet. Dabei wird auch die Entwicklung seines Systems darzulegen gesucht. Die Hauptwerke Hegels werden in ihrem Inhalt kurz referiert.

Als „philosophische Exponenten der politischen Restauration“ nach 1800 werden - neben dem späten Schelling und dem späten F. Schlegel – der Spätromantiker F. von Baader und der Neoaristoteliker A. Trendelenburg behandelt. Inwiefern trifft auch auf sie der Buchtitel. „Klassische deutsche Philosophie“ zu, inwiefern widerspiegeln sie Grundlinien ihrer Entwicklung? Als demokratische Oppositionsideologen und Kritiker der idealistischen Philosophie von 1830-1848 werden behandelt: L. Börne, der „einen Gegensatz zur Klassik“ verkörperte (vgl. S. 456), G. Büchner, der sich „vom klassischen deutschen Idealismus abgewandt hatte“ und u.a. „durch den Materialismus und Sensualismus der französischen Aufklärung beeinflusst war“ (S. 460), H. Heine, durch Hegels „universelles Fortschrittsdenken beeinflusst“, „verbindet die Intentionen der Hegelschen Geschichtsphilosophie mit denen der deutschen Aufklärungsbewegung, namentlich Herders und Lessings“ (S. 461f.).

Auch nach W. Förster ist L. Feuerbach „der bedeutendste Repräsentant der Periode des Ausgangs der klassischen deutschen Philosophie“ (S. 469). „Bereits in seinen frühen Vorlesungen korrigiert Feuerbach Hegel in wesentlichen Aspekten“, wobei er „Hegels Strukturen des dialektischen Denkens in vollem Maße aufnimmt“ (S. 472f.). „Den radikalen Bruch mit der Hegelschen Philosophie vollzieht Feuerbach in seinem ‘Wesen des Christentums’ (1841)“ (S. 482). W. Förster schildert sehr konzentriert L. Feuerbachs Philosophie mit und in ihren Hauptetappen, deutet gleichzeitig dessen bestimmenden Einfluss auf den jungen K. Marx an. Förster

legt relativ gründlich die verschiedenen Seiten von L. Feuerbachs Philosophie dar, nicht nur seine Religionskritik. Allerdings ist L. Feuerbach gleichsam der „Kirchenvater“ des modernen Atheismus, der einen konsequenten Atheismus bis zu seinem Ende ungebrochen vertrat.

Die Ausführungen über die Junghegelianer bilden den letzten Abschnitt des Bandes. Sie wirkten vornehmlich nach 1830, fußten auch stark auf der französischen Aufklärung des 18. Jhs. Von den eigentlichen Junghegelianern werden A. Ruge, ebenso K.F. Köppen, M. Heß und vor allem B. Bauer behandelt. „Die Traditionslinien, die für das junghegelianische Geschichtsdenken prägend wurden, waren vor allem die deutsche Reformation, die deutsche und europäische Aufklärung und die französischen Revolutionen von 1789 und 1830“ (S. 521). Aus dem Junghegelianismus ging „die von Marx und Engels begründete materialistische und kommunistische Strömung hervor“ (S. 529).

W. Förster fasst abschließend die klassische deutsche Philosophie als „integrale[n] Bestandteil der geistigen Auseinandersetzung in unserer Zeit“. Dabei würden häufig soziale Motivationen und historische Komponenten unterschätzt. Ist „der Vernunftbegriff der klassischen deutschen Philosophie ihr wichtigstes Vermächtnis“ (S. 531)? Zweifellos „ist die klassische deutsche Philosophie Orientierung für die Gegenwart und auch Ferment eines geschichtlichen Fernhorizonts ... Bestandteil einer ‘Neuen Aufklärung’“, (S. 533f.). Wir brauchen zweifellos eine neue Aufklärung, und in ihr wird die Vernunft in ihrer gesellschaftlichen und

historischen Funktion eine unabdingbare Grundlage sein.

*Siegfried Wollgast*

## Medien und Gegenöffentlichkeit heute

*Peter Bathke/Hermann Kopp/Werner Seppmann (Hrsg.), Medienmacht und Widerspruchserfahrung, Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2007, 158 S., 12,90 Euro*

Unter der Themenstellung „Medienmacht und Widerspruchserfahrung“ fand im Oktober 2006 eine Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und Marx-Engels-Stiftung Wuppertal statt. Die dort gehaltenen Beiträge liegen nun in gedruckter Form vor. Darin wird einerseits Aspekten der Macht und Manipulationsstrategien von Medien nachgegangen, andererseits der Durchsetzungschancen alternativer Formen von Gegenöffentlichkeit. Drei vorrangig ideologienpolitisch ausgerichtete Abhandlungen führen in die Thematik ein.

Bernd Hamm, Soziologe an der Universität Trier, widmet sich dem Zusammenwirken von Medienökonomie, Neoliberalismus und Propaganda. Demnach ist die mediale Konditionierung der Öffentlichkeit eine Resultante aus erstens den Verwertungs- und Konzentrationsprozessen der Medien und Medienindustrie, zweitens der seit Mitte der 1970er Jahre einsetzenden massiven Förderung und Verbreitung neoliberaler Ideologie sowie drittens unmittelbarer politischer Manipulation, wie sie zunehmend von den Regierungsapparaten mit Hilfe von PR-Firmen betrieben wird. Letzteres belegt Hamm anhand

von Beispielen aus dem von George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“. Sein Fazit lautet: Die Tendenz, nach der schon jetzt die Massen mit Propaganda und Infotainment „abgefüttert“ (33) werden und sich nur die Privilegierten mit echter Information versorgen können, wird zunehmen.

Der Frage, inwieweit medial inszenierte Strategien von Simulation und Manipulation die in der konkreten Lebenswelt erfahrenen Widerspruchswahrnehmungen von Subjekten vollständig überlagern können, stellt sich der Vorsitzende der Marx-Engels-Stiftung Werner Seppmann. Nach einem Durchgang durch postmoderne Medientheorien, die Antworten hierauf unter Ausblendung der Praxisdimension versuchten, konstatiert er das Fortbestehen einer partiellen Resistenz. Zwischen medialer Inszenierung und Alltagserfahrung bestehe weiterhin eine „Differenz“ (55), die es erlaube, den Kampf um die Köpfe als prinzipiell offen zu betrachten.

Der freie Journalist und katholische Theologe Peter Bürger beschäftigt sich mit der „Militarisierung der industriellen Unterhaltungsproduktion“ (66) und spricht im Falle des fiktionalen Films von massenkulturellem „Kriegsmarketing“. Ein generelles Potential zur medialen Gegenwehr vermag er in den digitalen Technologien nicht zu erkennen. Sie seien ihres militärtechnologischen Ursprungs gemäß auf „Beherrschung und umfassende Kontrolle“ (72) ausgerichtet und entfremdeten das individuelle Bewußtsein von seinem leibhaftigen Sein. Nach Bürger können alternative Formen politischer Kommunikation nur in Räumen unvermittelter

personaler Begegnung bestehen.

Aus der Erfahrungsperspektive eines gegenöffentlichen Journalismus berichten zwei Autorinnen: Gitta Düperthal, freie Journalistin aus Frankfurt/M., argumentiert in einem kämpferisch gehaltenen Plädoyer für die Wiederbegründung eines linken Journalismus. In den 1990er Jahren sei dieser im Kontext des Aktienhypes um den Neuen Markt von „einer neuen, neoliberal angehauchten Journalistengeneration“ (85) zunehmend aus den Redaktionen verdrängt worden. Illustriert an Beispielen vorrangig aus dem Lokalressort der Frankfurter Rundschau versucht sie zu veranschaulichen, dass staatstragendes Verhalten und Hofffähigkeit gegenüber Behörden nunmehr in innerredaktionellen Auseinandersetzungen um Meinungs- und Pressefreiheit beherrschend wurden.

Karin Leukefeld, freie Journalistin mit Schwerpunktaktivität in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, berichtet in ihrem Beitrag von den Schwierigkeiten heutiger Kriegsberichterstattung. Ihr Thema ist die Integration der Medien in das politische Geschehen im Zeitalter eines eingebetteten Journalismus. Dieser schließt, wie sie an Beispielen des Iraks und des letzten Libanonkriegs zeigt, unabhängige Berichterstattung aus.

Linksalternative Formen von digitaler Gegenöffentlichkeit schließlich werden in mehreren Beiträgen behandelt. Hans-Dieter Hey, freier Bild- und Textjournalist aus Köln, widmet sich der Weiterentwicklung alternativer Medien im Multimediazeitalter. In Internetportalen wie Arbeiterfotografie und Neue Rheinische Zeitung

vermag er wichtige Plattformen gegen den vorherrschenden Mainstream-Journalismus zu erkennen.

Das Internetportal NachDenkSeiten wird von dem Mitherausgeber Wolfgang Lieb vorgestellt. Die sich als „kritische Homepage“ verstehende Website wendet sich in textbasierten, vorrangig sozialökonomisch ausgerichteten Analysen und Kommentaren gegen den in Sozialdemokratie und Teilen der Gewerkschaften verbreiteten Neoliberalismus. Von dem Portal dargeboten werden vor allem wirtschaftspolitische Lösungsvorschläge im Sinne eines Keynesianismus der neoklassischen Synthese.

Die Geschichte von gegenöffentlichen Printmedien in der Frauenbewegung und das Scheitern des linksfeministischen Zeitungsprojekts Courage schildert Gisela Notz, wissenschaftliche Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihre Hinweise auf ungeklärte Fragen zu Selbstorganisation, prekärer Bezahlung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit sind für alle an Gegenaufklärung im digitalen Zeitalter Interessierten weiterhin von Aktualität.

Mag Wompe, Chefredakteurin von LabourNet Germany, berichtet über die Arbeit dieses Internetportals für Betriebs- und Gewerkschaftslinken. Information, Intervention und Vernetzung für gewerkschaftlich orientierte Beschäftigte und Nichtbeschäftigte, denen die Besitzstandswahrungsmentalität bürokratisch verfaßter nationaler Arbeitnehmerorganisationen aufstößt und die an einer kritischen Bewertung von Abhängigkeitsverhältnissen auch im internationalen Maßstab festhalten, bilden die Zielgruppe des Webportals. Ihr Bericht ist daher



zugleich einer über die Widerstände, die ihrer Institution nicht nur von Kapitalseite, sondern auch von Gewerkschaften entgegengebracht wird.

In der Gesamtheit wirft die schmale, gleichsam kostengünstige Dokumentation der Konferenz wichtige Fragen auf. Nach der Lektüre allerdings schleicht sich Resignation ein. Sind die durch die Medienindustrie generierten Macht- und Ohnmachtverhältnisse tatsächlich derart, dass ihnen im digitalen Zeitalter nichts substantiell Neues entgegengebracht werden kann? Können die Erfahrungen medialer Gegenöffentlichkeit des klassischen Medienzeitalters nahezu umstandslos auf die digitale Welt übertragen werden? Reicht es heutzutage aus, Formen alternativer Printmedien, wenngleich vernetzt, weitgehend Eins-zu-Eins gegenüber der weiterbestehenden besonderen Suggestivkraft audiovisueller Medien in Stellung zu bringen?

Antworten auf diese Fragen sind zweifelsohne nicht einfach. Doch sollten sie nicht ohne Einbeziehung einer jüngeren Generation, die sich in der digitalen Welt inzwischen selbstbewußt bewegt, entsprechend aktiv artikuliert und oft von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen ist, diskutiert werden. Eine entscheidende Herausforderung wird es sein, dieses Potential zu erschließen und medial zu gewinnen. Eine progressive Linke wird dazu das Feld audiovisuell geprägter Information selbst zu besetzen haben.

*Jürgen Scheele*